

Sächsisch Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages. Bezugspreis: Monatlich 6000 Mark. Einzelne Nummern 250 Mark. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 - Schriftleitung Nr. 14574. Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Anführungs- betriebe 500 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 1000 M., unter Eingelohnt 1500 M. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen. Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Redaktionsleiter: Landtags-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatskassen und der Landesfiskalrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsbuchführung der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsstelle von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren. Verantwortlich für die Redaktion: Hauptredakteur Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 133

Montag, 11. Juni

1923

Krisenluft in der Entente.

England droht Frankreich mit einer Neuorientierung seiner Politik.

London, 11. Juni.

„Oberbel“ und „Sunday Times“ betonen, daß die britische Regierung das neue deutsche Memorandum zum Ausgangspunkt einer endgültigen Regelung mache. Nach Information des diplomatischen Vertreters des „Oberbel“ findet eine bedeutende Sitzung des englischen Kabinetts morgen vormittags statt. Baldwin hat bekannt, daß bei den augenblicklichen Methoden Frankreich ein Abkommen vollkommen unmöglich sei und daß die für Europa entscheidende Frage viel wichtiger sei als die englisch-französische Freundschaft. Das Kabinet werde morgen vormittags über das deutsche Angebot sowie über die Möglichkeit einer Vereinbarung mit Frankreich beraten. Aber das deutsche Angebot selbst sei die Ansicht der Regierung etwa die, daß der von Deutschland angebotene Beitrag der Jahreszahlungen unzulänglich sei. Die britische Regierung habe die Zahlungsfähigkeit Deutschlands nicht als sicheres Kriterium für die Zahlungsfähigkeit Deutschlands zur Verfügung gestellt, was nach britischer Ansicht zu einer Regelung führen werde. Der französische Standpunkt sei für die britische Regierung vollkommen unannehmbar. Werde darauf bestanden, so bleibe kein anderer Weg als der vollkommene Bruch zwischen Frankreich und England. Man solle es in London für ausgeschlossen halten, daß die zwölf Millionen Mark in Höhe der Reparationszahlungen in Frankreich einbezogen werden. Auch keine deutsche Regierung könne das versprechen. Wenn Poincaré aber seine Nachfolger unüberdacht bei dieser Politik bleiben, so sei sicher, daß die britische Politik in Europa eine vollständige Neuorientierung suchen werde.

England kann die Fortdauer der Besetzung nicht billigen.

London, 10. Juni.

„Westminster Gazette“ sagt: Da, wie erklärt wird, Mac Kenna einen von Baldwin und Curzon gebilligten Plan zur Frage der Reparationen und der alliierten Schulden hat, sei es wünschenswert, daß er so schnell wie möglich in die Lage komme, seinen Absichten Wirksamkeit zu verleihen. Auf dieser Seite des Kanals werde nicht mehr gewünscht als die Gelegenheit zu einer Vereinbarung mit Frankreich zu gelangen. Aber, wenn eine solche Vereinbarung davon abhängig gemacht werde, daß England die Fortdauer der Besetzung des Ruhrgebietes billige, so sei dies unmöglich, aus dem einfachen Grunde, weil Deutschland, wenn sich das Ruhrgebiet in französischen Händen befindet, beim besten Willen keine Hilfsquellen nicht entwickeln und es keine Schulden nicht bezahlen könne. Bevor diese Antwort an Deutschland erteilt werde, sei es äußerst wünschenswert, daß die Alliierten untereinander beraten. Wenn Mac Kenna mit seinen Kenntnissen der Hilfsquellen der City im Besitz des Schiffs zur See sei, so müsse er sicher einer der britischen Vertreter auf dieser etwaigen Konferenz sein.

Die Aufgabe des passiven Widerstandes undurchführbar.

London, 10. Juni.

Der Finanzredakteur der „Times“ befragt den ausgesprochenen gänzlichen Einbruch, den das deutsche Memorandum in der City hervorgerufen

hat. Deutschland wolle alles wirtschaftlich Aberhaupt Mögliche tun, und die Haltung Frankreichs ist daher der englischen Geschäftswelt unverständlich. Die französische Forderung auf Einstellung des passiven Widerstandes hält man für vollkommen undurchführbar. In einflussreichen Kreisen wird erklärt, daß, wenn eine gemeinsame Aktion unmöglich sei, die Frage einer unabhängigen Aktion akut werde, die eine vollständige deutsche Wirtschaftskrisis noch verhindern könne. Nach der „Daily Telegraph“ erklärt, daß die französische Forderung auf Einstellung des passiven Widerstandes von negativer Art sei und keineswegs den Weg für zweckdienliche Erweiterungen eröffne.

Frankreich unbeherrschbar.

Keine Verhandlungen ohne Aufgabe des passiven Widerstandes.

Paris, 10. Juni.

„Temps“ schreibt zur Frage der Neuorientierung des deutschen Memorandums, in London, Brüssel und Rom sei man darüber informiert, daß Frankreich eine gemeinsame Note der Alliierten unterzeichnen werde, wenn die Antwort sich darauf beschränke, die Einstellung des passiven Widerstandes zu verlangen. Frankreich könne sich aber öffentlich nicht einer Antwort anschließen, in der die deutschen Vorschläge einer Prüfung unterzogen würden, solange der passive Widerstand nicht aufgehört habe. Wenn man den Wunsch ausdrückt, daß England sich mit Belgien, Frankreich und Italien darüber einig, die Einstellung des passiven Widerstandes zu verlangen, so mache man damit keineswegs den Versuch, den Entscheidungen vorzugreifen, welche die englische Regierung hinsichtlich des sachlichen Inhalts des deutschen Memorandums treffen werde. Wenn dagegen England von Frankreich verlange, daß es die deutschen Vorschläge einer Prüfung unterziehe, so würde England damit der französischen Regierung nahelegen, die Politik zu verfolgen, die Frankreich bis jetzt befolgt habe, und sich selbst eine Niederlage beibringen.

Was Poincaré verlangt.

Paris, 10. Juni.

Nach dem „Devoir“ sollen die Erklärungen von Poincaré, die er am Freitag vor den vereinigten Senatsausschüssen gegeben hat, keinen günstigen Eindruck gemacht haben. Er habe keine Argumente vorgebracht, die an dem einigermaßen bestimmten Auffassung einer ziemlich großen Anzahl von Senatoren etwas änderten. Die „Matin“ berichtet, daß Poincaré u. a. erklärt haben, der deutsche Widerstand müsse beendet, die deutschen Reparationen annulliert und für alle eine Amnestie bewirkt werden, die mit Belgien und Frankreich zusammenarbeiten haben. Die Sachleistungen müßten wieder aufgenommen werden. Hinsichtlich des Locs der Ausgewiesenen verlange Poincaré die Anerkennung der Maßnahmen der Besatzungsbehörden.

Paris, 11. Juni.

Die „Tribune“ schreibt zur diplomatischen Lage, in der Note, die Poincaré nach London habe übermitteln lassen, spricht er den Wunsch aus, daß das englische Kabinet sich den Kabinetten von Brüssel und Paris anschließen und die Einstellung des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet fordern werde. Wenn den Alliierten diese Genugtuung gewährt werde, sei die französische Regierung durchaus geneigt, an einer interalliierten Konferenz teilzunehmen, die zur Aufgabe hätte, die Reparationsfrage zu erörtern. Leider habe Poincaré sich nicht bereit gefunden, ein größeres Entgegenkommen zu zeigen, und beziehe sich, nachdem er sich kaum zu dem erwähnten Schritt verstanden habe, ihn durch Vorbehalte wieder rückgängig zu machen, die das Londoner Kabinet nicht annehmen könne. Der erste der Poincaréschen Vor-

behalte bestimme, daß die Konferenz sich streng an das französische Januar-Memorandum halten müsse, der zweite, daß die gemeinsame Antwort sich auf eine von sämtlichen Alliierten an Deutschland ergehende Aufforderung zu beschränken habe, dem passiven Widerstand ein Ziel zu setzen. Diese gebietlichen Ansprüche, die für die Alliierten gegenüber seien, würden ohne jeden Zweifel von Baldwin und seinen Hauptmitarbeitern wohl angenommen werden. Wenn man, so sagt „Le Nouvelliste“, von vornherein einfach über die Vorschläge eines Baldwin und eines Mac Kenna

hinweggehe, werde man die Ungeschicklichkeit vom Januar-Memorandum getrennt wiederholen.

Amerika bleibt fern.

Paris, 10. Juni.

Das von berichtet aus Washington: Entsprechend der in offiziellen Kreisen bereits zum Ausdruck gebrachten Auffassung wird im Weißen Hause erklärt, daß die Vereinigten Staaten sich auf einer internationalen Reparationskonferenz nicht betreiben lassen würden, wenn eine solche einberufen würde.

Reichskanzler Cuno zum Memorandum.

Münster, 10. Juni.

Westen abend fand in Ehren des Reichsverbandes der deutschen Presse ein Empfangsabend statt, der von der Stadt Münster im Saale des historischen alten Rathhauses veranstaltet war. An diesem Empfangsabend nahmen Reichskanzler Dr. Cuno und der Reichsarbeitsminister Dr. Brüning teil. Nach der Begrüßung durch den Oberbürgermeister von Münster Dr. Sperling, des Oberpräsidenten der Provinz Westfalen Gronowski und des Vorsitzenden des Reichsverbandes der deutschen Presse Chefredakteur Baedeker ergab der Reichskanzler Dr. Cuno das Wort. Er sagte u. a. folgendes:

Borgestern haben wir den Mächten unser Memorandum als Ergänzung zu der Note vom 2. Mai übergeben. Ich begreife die Spannung und Ungebuld, mit der unser Schritt erwartet worden ist. Es ist ein natürlicher Schritt auf dem Wege, den die Regierung von Anfang an gegangen ist. In dem westfälischen Provinzialparlament zu Münster habe ich einen Tag nach dem Ruhrstreik die Grundlinie dargelegt:

Die Lösung der Reparationsprobleme, um jeden Preis die deutsche Staatssicherheit und der deutschen Wirtschaftskraft zu vereinbarnden Preis, das ist das Ziel, die Währungsfrage in offener, ehrlicher und gleichberechtigter Verhandlung der Weg, den diese Regierung sich vorgenommen hat.

Nichts ist unterlassen worden, was der Lösung dieser Aufgabe dienen könnte. Unser Angebot in London, unser Vorschlag für Paris, die zwischen beiden liegenden Bemerkungen, zu einer Aussprache zwischen französischer und deutscher Jura zu kommen, das Angebot eines besonderen, friedensichernden Abkommens aber das Rheinland sind die Folgen dieses Willens.

Die Antwort auf diese geschäftlichen Bemerkungen war der Entschluß französischer und belgischer Truppen in das Ruhrgebiet und Überschreitung aller Grenzen, die rechtlich, räumlich und sachlich das Rheinlandabkommen der Besetzung lag.

Seitdem kam zu dem ersten Zeitpunkt der Lösung der Reparationsfrage ein zweiter, noch größerer: es galt, alle Kraft anzuspannen, um für Rhein und Ruhr die Wiederherstellung des Rechtszustandes zu erreichen, alles fernzuhalten, was der Bevölkerung in ihrer selbstgewählten und selbstgewählten Abwehr als eine Vertreibung und Schwächung erscheinen könnte, alles zu tun, um die suchenden Leiden zu lindern, die alle Schichten der Bevölkerung des besetzten Gebietes trugen.

Diese erste und ursprüngliche Aufgabe, unserem Volke und Lande wieder zur Freiheit und zum Frieden zu verhelfen, haben uns die Bemerkungen um die Lösung der Reparationsfrage verdoppelt. Lange Stunden wir der völligen Ablehnung jeglicher Verhandlungen auf Seiten Frankreichs gegenüber; lange hat auch keine andere Macht dem suchenden Ange einen Anhalt, an dem wir hätten einsehen können,

bis die bekannte Unterhandlung des englischen Staatssekretärs des Äußeren und gleichzeitige Ratsschläge der italienischen Regierung eine neue Möglichkeit gaben. So ergab sich folgerichtig der Schritt, den wir am 2. Mai getan haben.

Wir konnten dabei, wenn wir ehrlich bleiben wollten, nicht über den Rahmen hinausgehen, in dem wir für die Pariser Konferenz und in späteren Erklärungen unsere Leistungsfähigkeit nach gewissenhafter Prüfung und Überzeugung umrissen hatten. Um wahr zu sein, konnten wir und nicht auf das Finanzielle allein beschränken, sondern mußten die Hand in die Wunde legen, die dieser noch als die ungelöste Reparationsfrage nicht bloß im Herzen eines jeden Deutschen, sondern auch am Wirtschaftskörper Deutschlands brennt; ich meine den Einbruch in deutsches Gebiet mit dem aus ihm folgenden Wirtschaftskrieg, dessen Beendigung wir zusammen mit Vereingung der Unberechenbarkeit des Rheinlandes durch das Angebot friedensichernder Vereinbarungen erreichen wollten und gerade um der wirtschaftlichen Reparationskraft Deutschlands willen erreichen mußten.

Die Antworten, die wir erhielten, sind Ihnen bekannt:

Frankreich machte uns zum Vorwurf, daß die deutsche Note der zum vordringlichen Ausdruck einer systematischen Waffnung gegen den Vertrag von Versailles sei.

Aber dieser Vorwurf selbst sieht ausdrücklich die Möglichkeit der Ermäßigung oder des Aufhebens der festgesetzten Schuldverpflichtungen nach Maßgabe der deutschen Leistungsfähigkeit und Hilfsmittel vor. Es war auch richtig, wenn die französische Note das deutsche Angebot den 132 Milliarden des Londoner Zahlungsplanes gegenüberstellte; denn diese bedeuten nur einen Nennwert, nicht einen Zeitwert. Sodann war es unrichtig, daß Deutschland nicht schon während des Memorandums nach Maßgabe seiner Kräfte mit Entschleunigung beginnen wollte.

Der Vorschlag endlich, eine internationale Kommission

über die deutsche Leistungsfähigkeit und die aus ihr folgenden Möglichkeiten zu bestanden, ist aus der Reparationskommission selbst hervorgegangen, wünschenswert, wenn gleich im Mai 1922 beauftragte Kommission internationaler Finanzfachverständiger infolge des Eingreifens des französischen Ministerpräsidenten unverrichteter Sache wieder auseinandergegangen mußte.

Die englische und die italienische Antwort eröffnen eine Möglichkeit der Fortsetzung des Meinungs-

austausches. Seitdem ist alles geschehen, um die politische Lage zu erforschen und dem schweren verantwortlichen Schritt einen günstigen Boden zu schaffen. Im eigenen Gewissen hat die Regierung den härtesten Mut zur Beilegung dieses Schrittes angesichts der unerhört steigenden Leiden des besetzten Gebietes und der steigenden Schwierigkeiten auch im unbesetzten Gebiet. Den Blick auf Rhein und Ruhr gerichtet, haben wir

den neuen Schritt gehen. Wo man die Sprache der Gerechtigkeit und eines die gegenseitige Lage der

In Ergänzung der Note vom 2. Mai haben wir uns freudig um die beiden Fragen beschleunigt, die den Antwörtern der Mächten gemeinsam waren:

Opfer des Angebots und Verneinung der wirtschaftlichen Garantien.

So sehr wir ohne und von der graden Linie unserer Politik zu entfernen, zu jeder Modifizierung des Angebotes und bereitfinden konnten, so wenig konnten wir, zumal angesichts der fortwährenden Schwächung unserer finanziellen und wirtschaftlichen Kraft durch den Ruhrstreik, zu einer anderen zahlenmäßigen Selbstschätzung unserer Leistungsfähigkeit gelangen. Der eine wichtige Lösung des Reparationsproblems wird, darf nicht so sehr an das Versprechen als an das Zahlen denken. Zu erst schon haben wir und haben mit uns unsere Gläubiger erfahren, daß unter Zwang und Druck abgegebene Zahlungsverprechungen zu immer neuen Verzerrungen führten. Deshalb ist in der Frage der Leistungsfähigkeit die

notwendig, nicht aus irgendeinem persönlichen Geschmack, sondern einfach deshalb, weil sie allein bei denjenigen, die das Reparationsproblem als solches betrachten und nicht zu politischen Zwecken mißbraucht wissen wollen, Vertrauen weckt und erhält, und weil sie deshalb außenpolitisch nützlich ist, haben wir in dem Memorandum daran erinnert, daß die Frage der deutschen Leistungsfähigkeit keine Frage nach der Gefügigkeit, noch des Willens, sondern

eine Frage des Urteils

ist. Nach unserer Überzeugung wird diese Leistungsfähigkeit im Auslande weit überschätzt. Die Gefahr selbst erkennen das auch, wenn sie nun den Gedanken großer Anleihen in den Hintergrund treten lassen. Aber wenn schon verschiedene Meinungen bestehen sollten, so mag eine unparteiliche internationale Prüfung darüber entscheiden, eine Prüfung, für deren Urteil objektive Tatsachenforschung, nicht politische Gunst oder Mißgunst bestimmend ist, und für welche die Grundlage des Urteils jenseits Reich ist, das auch dem bedrückten Deutschland im Vertrag von Versailles zugesprochen und in feierlicher Form unmittelbar vorher von den Mächten verbürgt worden ist, daß die Leistungsfähigkeit und die Hilfsmittel Deutschlands seine Reparationspflicht begrenzen und die gesellschaftliche, wirtschaftliche und finanzielle Organisation eines Deutschlands ausrechenhaltig ist, das sich aufrichtig bemüht, seine volle Teilhaft der Reparationen zu bewerkstelligen.

In den Garantien

ist an die Größe des Möglichen ergangen, in der tiefen Überzeugung, daß, wenn nur erst einmal der Plan der Reparationspflicht in einer mit der Leistungskraft Deutschlands einigermassen zu vereinbarenden Weise festgesetzt ist, dann das deutsche Volk, einzeln, ob Arbeiter oder Kleinrentner, ob Kleinrentner oder Kleinrentner, bereit sein wird, aus Weisheit, Arbeit und Einkommen die größten Opfer für die volle Freiheit und die Wohlthat der künftigen Generation seiner Kinder

zu bringen und alles zu tun, damit der einzelne von der Sonderbelastung seines Besitzes, das

ganze Volk von der Belastung seiner Zukunft frei wird. Dafür wird der Staat das deutsche Volk nicht abhängig sein lassen vom guten Willen dieser oder jener, sondern er wird auch die ganze Kraft und Verantwortung der Staatsgewalt dafür geltend machen, daß die deutsche Wirtschaft Garantien auch geben muß.

Dieser Gedanke ist vom Staate in die Wirtschaft getragen worden. Wie sie aufzubringen, wie weit sie auszubringen und wie die Lasten letzten Endes nach den Grundfragen der Gerechtigkeit zu verteilen sind, wird der Staat bestimmen.

Aber das ist nicht ohne Bedank, daß es sich bei seinem Angebot auf die aus eigener Überzeugung geschöpfte Bereitwilligkeit der deutschen Wirtschaft stützen konnte. Denn es enthält die Bemängelungen auch derjenigen im Auslande, die sich bisher nicht genug tun konnten, den deutschen Staat als zu schwach hinzustellen, als daß er die deutsche Wirtschaft bindende Leistungsversprechen abgeben könnte, und dabei noch nicht müde wurden, diesen deutschen Staat durch immer neue Verdrängung politisch zu schwächen. Das eindeutige

Werkentand der Reparationsverbindlichkeit

in unserem Memorandum wird bestätigt durch die Leistungen, die Deutschland bisher bewirkt hat und die auf diesen Tag bewirkt. Die von uns aufgestellten Forderungen sind bekannt; die Leistungen aus vorhandenen Beständen, aus laufender Produktion und die Bezugszahlungen beliefen sich bis Ende 1922 auf rund 42 1/2 Milliarden Goldmark. Die Hinzurechnung weiterer Leistungen aus dem Auslandsverfahren, für Besatzungskosten und Kommissionen, für Restituten und Substitution und anderer erhöht die Summe auf 54 Milliarden Goldmark. Betrachten die Vertragsgegner Grund und Höhe dieser Forderungen, so halten wir auch für diese Frage die Prüfung durch internationale Sachverständige für zureichend.

Zug um Zug läuft jetzt noch der Strom dieser Leistungen, der in den ersten fünf Monaten dieses Jahres Sachleistungen im Werte von 100 Mill. Goldmark und zwischen 50 und 60 Millionen anderer Leistungen umfaßt.

Erinnert man sich dazu der vielfachen Bemühungen, auch zu Arbeitsleistungen für den Wiederwiederaufbau zerstörter Gebiete zu kommen, so wird niemand, der ehrlich und willens ist, den Beweis des deutschen Leistungswillens verkennen können.

Was unser neuer Schritt. Nun mag die Welt sagen, ob sie Frieden und Wiederaufrichtung will, oder Ansehen und Herrschaft! Was wir zu tun haben, ist klar und einfach. Es ist vor allem, daß der Welt und jedem einzelnen die Wahrheit klar ist und einig bleibt und ein jeder einzeln sein Tun und Lassen so einstellt, als trüge er die Verantwortung für das ganze Vaterland. Wir wollen Frieden und sind unseren weltlichen Nachbarn gegenüber zu jeder wie immer gearteten Friedensförmlichkeit auf dem Boden der Gegenseitigkeit bereit.

Wir lassen jeden Preis der Reparation bis zu den Grenzen des Möglichen, um unserer Verpflichtung und um der Freiheit des Ruhr- und Rheinlandes willen.

Aber das erklärt ich öffentlich und feierlich: Es gibt keinen Preis, für den uns die deutschen Lande an Rhein und

Maße, an Mosel und Saar frei wären, trünen Preis, um den wir die Rechte des Reiches, Preussens und der anderen Staaten an diesen deutschen Landen mindern ließen.

In dieser Erklärung weiß ich mich eins mit allen politischen Parteien und Schichten des deutschen Volkes, eins mit der preussischen Regierung und der Reichsregierung — und erst gestern hat der preussische Ministerpräsident das selbe erklärt —, eins mit allen anderen Vätern des Reiches. Toren aber, die im Namen der Selbstbestimmung der Völker und Stämme dem Rheinland eine sonderbarliche Selbständigkeit geben möchten, sei entgegengekehrt: Deutschland weiß, was es mit den Liberalen Germaniquen der deutschen Obersten Ludwig XIV. und seiner Nachfahren, auf sich hat. In diesem Gedanken einer nie zu lösenden Einigkeit zwischen Reich und Rhein wissen wir uns auch im Einklang mit den ursprünglichen Begriffen von Recht und Gerechtigkeit im Leben der Völker. Wäre es nicht eine Verhöhnung des Rechtsbegriffes, eine unbillbare Beschimpfung für alle Völker, die eigenes Freiheitsleben in ehrenvoller Erinnerung halten, heute es aber zuzulassen, daß über 12 Millionen Menschen verstoßen werden wie über eine tote Baze?

Und dieser großen tiefen Einigkeit des deutschen Volkes schöpfe ich auch das Recht zur Warnung, nachsicht und besonnen zu bleiben. Die Verworrenheit unserer Wirtschaftslage hat wertvolle Schichten unseres Volkes zum Sinken gebracht und weiterhin schwere

Wunde häßlichen Erscheinungen von Wohlleben und Ausbreitungen erregen die Kollidierenden nicht allein gegen diejenigen, die solche Erscheinungen zur Schau tragen, sondern auch gegen den Staat, dem man Mangel an Willen und Kraft zum Vorkampf macht. Glauben Sie, daß niemand dies schwerer blickt als die Verantwortung der Regierung, deren der Staat ein stilles Recht und Wirtschaft eine stilles Recht unterworfenen Beistandung ist. Wenn die Regierung nicht härter, als es geschah, trotz aller Bemühungen solche Mißstände abwenden konnte, so mögen Sie dabei die Zusammenhänge nicht verkennen, die bei diesen Verwirrungen zu den tieferen Gründen unserer gegenwärtigen Lage führen: die Verengung unseres Wirtschaftsgelbietes, die Abschneidung überlebensfähiger Kraftquellen und internationaler Gleichberechtigung, die politische Unsicherheit und Bedrohlichkeit unserer Lage, die damit verknüpfte Mindervalutierung unseres Kredites, die Verknüpfung ganzer großer Wirtschaftszweige und Wirtschaftskreise, die Aufhebung jeglicher abgeschlossenen autonomen Wirtschaftskreise an der West- und Ostgrenze.

Ich sage das nicht, um Schuld im Inlande zu erheben, im Gegenteil, doppelt schwer ist die Schuld derjenigen, die aus dieser Lage ungerechte Vorteile ziehen; aber ich sage es, um dem entgegenzuwirken, daß sich ganze große Schichten unseres Volkes gegenseitig nicht mehr verstehen und gegenseitig schwereren Verschulden beklagen.

Ich sage es zugleich als Appell, daß der so in den großen Zusammenhängen begründeten Rolle weiter arbeitenden Schichten durch eine kluge und sozialverständige Bemessung des Kreditumfangs Rechnung getragen wird. Ich sage es ferner zur Begründung dafür, daß es nicht zutrifft,

nichts Wohlfeindliches geben kann, als wenn die Menschen in unseren Tagen, sei es aus Ehrlich empfundener Pein, sei es aus Mißbrauch ihrer Rolle, sich zu Unruh und Störungen der öffentlichen Ordnung hinsetzen ließen, die unsere Rolle vergrößern könnten und den Völkern und Schicksalsgenossen am Rhein und an der Saar in schlimmem Verfall, wenn nicht der Verfall, so doch der Wirkung nach, in den Rücken stellen.

Ein großer Publizist und Zeitungsredakteur vom Rhein, Joseph Görz, ist ein Weg vom Weltbürger zum nationalen Deutschen gegangen. Der Gang zum Weltbürger und zur Humanität liegt und Deutschen tief im Blute.

Heute ist in unserer Volk die Erkenntnis tief verbreitet, daß es zunächst heißt, ein guter Deutscher sein, und daß der Deutsche mit der Betonung wahren deutschen Wesens auch der Menschheit am besten dient.

Wenn voller Entschlossenheit und tiefer Verführung der Ideen von Nation und Menschheit erreicht wird, steht nur zum kleineren Teile bei uns Deutschen. Aber das ist sicher, nicht allein um Deutschlands, sondern um der größten stilles Recht der Menschheit willen, um des Rechts und der Freiheit willen ist es heute aller Deutschen Pflicht, für Rhein und Saar, für Saar und Mosel zu bleiben und Treue zu wahren, und allererste Pflicht, gute Deutsche zu sein! Darum bitte ich Sie, den Reichsverband der deutschen Presse, daß wir alle zusammenwirken: Alles für Deutschland!

Zwei französische Offiziere ermordet.

Dortmund, 11. Juni. Wegen Erschießung zweier Adjutanten der französischen Besatzung in der letzten Nacht wurden der stellvertretende Polizeipräsident Krüger sowie der stellvertretende Oberbürgermeister Hauke verhaftet. Im Laufe des gestrigen Tages und in der Nacht wurden in Dortmund fünf Zivilisten erschossen und eine Person schwer verletzt. Die Truppen im Stadtbereich wurden vertrieben. Ein Maschinengewehr und etwa 100 Schalen besetzten das Stadthaus. Am Stadtwall steht starke französische Kavallerie. Die Zahl der Verhafteten soll 100 übersteigen.

Berücksichtigung der Streiklage in Oberschlesien.

Dresden, 10. Juni. Die Streiklage in Oberschlesien hat sich wesentlich verändert. Die Weltbürger lehnen alle Verhandlungen ab, da der Streik nicht von den Gewerkschaften erklärt worden sei und sie ihn daher als wilden Streik betrachten. Bürgerliche Verhandlungen über angebliche Territorien werden von gewerkschaftlicher Seite als unrichtig betrachtet. Aber die gemessenen Ziele des Streiks ist, infolge der Unmöglichkeit der Wagnisse von kommunistischer und unruhiger Seite, ein Machtbild nicht zu gewinnen. Die Ursache des Ausstandes liegt im wesentlichen in der massigen Teuerung, die im Industriegebiet neuerdings besonders scharfe Formen angenommen hatte.

Gleich, 10. Juni.

Während des heutigen Kongresses der Betriebsräte Oberschlesiens drühten häufig die nicht zugelassenen unruhigen Betriebsräte die Galerie des Versammlungssaals.

Zur Neuestudierung von Verdi

„Aida“

Auch Opern haben ihre Schicksale — und die der Verdi'schen in Dresden sind nicht uninteressant. Ich wies auf sie des näheren bereits im Dezember 1921 in einem in der Zeitschrift „Der Zwinger“ erschienenen Aufsatz hin: „Die Opern Verdi's in Dresden“ (12. Heft, 5. Jahrgang). Vor allem auf den demeritvollen Umstand, daß zunächst Verdi's Name in Dresden ziemlich früh bekannt wurde, indem der Kraus (Gruant, der „Bandit“) nur fünf Jahre nach seiner Uraufführung in Venedig (1844) im damaligen neuen von Geisfeld Semper erbauten Hoftheater in Szene ging, und zwar merkwürdigerweise auch im März wie dort. Also im Sturmjahre 1849 diese Revolutionoper, die in Italien die Jesur mobil gemacht und kühneste Kundgebungen hervorgerufen hatte. Die Oper, die später wieder gegeben wurde, zuletzt 1903 mit Kritik Scheidemann, Perron, Bedelund, verschwand aber damals (1849) auch auffallend schnell. — Es folgte der früher existierende und unauflösliche Nabuccodonosor (Nabucco-Nabucodonosor) am 16. März 1851, aber auch um alsbald wieder abgesetzt zu werden. Erst der „Aida“ (ursprünglich 1853) am 26. Juli 1860 gegeben, hatte einen nachhaltigen Erfolg mit der Wiede-Aida (Deonora), Aida-Ritornelle (Muzena) und Schnerre u. Carolsfeld (Muzena). Dieser Oper kam zuhatten, daß sie auch eine Opernoper wurde für Ritter vom hohen B und C wie Machtel, Kriemhild, Sonthem u. a. Von da an aber blieb für Verdi die Dresdener Bühne mehr als ein Jahrzehnt verschlossen. „Traviata“ und „Rigoletto“ durften erst nach König Johanns Tod gegeben werden. Jene Oper, nach die Aida eine Ausnahme war, diese der Aida wegen, die sich in Opernweises Gaud abspielte. Also der „Rigoletto“ erschien erst am 3. Dezember 1874, die „Aida“ am 20. Oktober 1875 auf der Dresdener Bühne. Aber diese beiden Opern schenken sich auch zur

langsam in Dresden durch. Man ließ sich damals, im Publikum noch vielfach im Sinne eines formalistischen Kunstempfindens stehen, an dem künstlerischen Naturismus, dem man bei Verdi begegnete, und den man auch an dessen Behandlung der Singstimmen trug. Man und die Hochmutter luden die Aida'schen Verdi'schen Banalitäten und Abscheu, daß diese doch letzten Endes oft nur Exzitationen eines für uns Nordländer überaus Temperaments sind. Doch halt, vor den beiden letztgenannten Werken war schon die „Amelia“ (28. März 1868) erschienen. Sie war festlich im ganzen unbedenklich erschienen, um so mehr, als auch das Odium eines Königsmordes von ihr schon von der österreichischen Zensur dadurch genommen war, daß sie die Durchführung der Oper nach der Verwandlung des Schwedenkönigs Gustav III. in einen Gewerbeten von Voston (sic) gestaltet hatte. Tod Wert nun aber, daß Verdi erst die ihm gebührende Rangstufe fand, war die „Aida“, die, in Rakt am 24. Dezember 1871 uraufgeführt, am 8. Januar 1876 auf der Bühne des Interimstheater's in den Zwingeranlagen erschien. Für den, der ihn erlebte, bedeutete der Abend ein Ereignis. Unter den Sängern ragte caruhois in der Stimmhaftigkeit seiner Stimme und seines Singens in der höchsten keine Lorenzo Kiefe hervor. Frau Reiz-Peula, die Hofopern der Wiede-Reiz, gab die Aida, Fr. Knieb, die Hofopern Irene u. Copasmas in der Rolle, die Amneris, Decarl, der Vater des jetzigen Mitgliedes unserer Schauspiel-Gesellschaft, den Raimondo, Hans Richter, den bald das traurige Schicksal traf, in geistige Umwandlung zu fallen, den König, Louise Reuter sang die Partie der Elisabetta, Joseph Gül, der Bruder des erstlichen Werkes noch rüftig unter und weilsden Anton Gül, die bel Offizier. Was aber damals noch besonders bewundert wurde, war die in dem hölzernen Bau ermöglichte glanzvolle Ausstattung und Aufmachung. Die Dekorationen, die sich zum Teil noch die zur höchsten Bergangshöhe erhalten hatten, entspan-

ten den berühmten Wiener Hoftheater- und Bühnenmalern Heisch, Burchard und Kaupf. Das glänzende Ballet hatte Balletmeister Köller arrangiert, die Seli tanzten die Tamen Zini (nachmalige Gräfin Zuchner) und Bethwald. Der Erfolg war, wie gesagt, für die Bewertung von Verdi's Schöpfen entscheidend. Nach dieser Partitur konnte man auch nicht mehr von der „Miserikordiant“ sprechen, die das Carifester bei Verdi darstellte. Dem Erfolg des Meisters vorgeordnet hätte aber auch schon die kurze Zeit, am 8. Januar desselben Jahres (1876) gleichliche Aufführung des Verdi'schen Requiem, die gleichfalls in der „Breitendude“ erfolgte. Wie dann später nach dem Erscheinen des „Othello“ auch der Mund des alten Spitzens Hans v. Klotow vernehmen, der noch über das Requiem gewöhelt hatte, daß er bekannt. Aber er traf dann auch den Rakt gleich auf den Kopf, als er in seinem Vater peccavi-Brief vom 7. April 1892 aus Hamburg Verdi als den Wagner unserer (damals) „lieben Verdändelen“ pries; denn schlichtlich war Verdi der Schöpfer des italienischen musikalischen Dramas, wie Wagner der des deutschen. Gerade von der Aida könnte man sagen, daß im Finale des zweiten Aktes (Inno e Marcia Trionfale) die ganze Stimmfreude über die Wiebergeburt Italiens zum Ausdruck kommt, und welche tiefe Delmatilide Klingt und aus Amonatros Gesängen im dritten Akte, so im Des-dur-Schluß seines Turz's mit Aida entgegen. Der Vollständigkeit halber sei aber zum Schluß noch erwähnt, daß bei und von den beiden Zeitungsmeckeln des großen Meisters der „Falkhoff“ (17. November 1894) erschien, der „Othello“ erst am 13. November 1898. Dieses Werk gewann jetzt Friz Busch in einer glänzenden Neueinstudierung enghältig dem Spielplan. Die Zeit des Falkhoff wird erst kommen, wenn man wieder gesunglich und dorferlich sich auf den Mozart-Stil wird einstellen können.

„Entfesseltes Theater“ in Dresden.

Die Aufstellung des „Rosaauer Kammertheaters“

Es ist das „Rosaauer Kammertheater“ entstanden? — Alexander Zaitoff, sein Begründer und Direktor, antwortet darauf in seinem Buch „Das entfesselte Theater“ (Verlag Gustav Kiepenhauer, Weidmann) mit der Gegenfrage: „Wie entsteht der Vorzug? Wie entsteht der Fühlung? Wie entsteht die Schöpfung? ... Wer die Geschichte der Entstehung des Kammertheaters kennen lernen will, der lese „Tausend und ein Nacht“, der lese die phantastischen Erzählungen von E. K. Hoffmann, der durchwältete Jules Verne, Mein Reich und Welt — und er wird vielleicht einen Keinen Begriff davon bekommen, wie das Kammertheater entstanden ist, oder besser gesagt, wie wir bis zum letzten Augenblick selber nicht wußten, ob es wirklich existiere oder ob alles nur ein Theatertraum sei, ein „Capriccio“ unserer theatralischen Einbildung.“ Mit dieser umfassen den Charakteristik ist zugleich die Signatur der eben eröffneten Aufstellung des „Rosaauer Kammertheaters“ gegeben, das heute sein Wagnis im Rosaauer Schauspielhaus beginnt. Wer gestern im Anschlussam Sing zum erstenmal vor dieser Kollektion phantastischer, selten lebendiger Szenenmodelle und Kostümbilder stand, mußte den Eindruck gewinnen, daß hier ein sabelhafter Theaterabstraktismus am Werke ist, eine eigengeheilig Szenenierungs- und Darstellungs-kunst, die in der Ausschöpfung theatralischer Mittel bis an die äußerste Grenze der Illusionen-möglichkeit gehen will. Wie in Stanislawski's Rosaauer Kammertheater (dem Zaitoff ursprünglich angehört) wird hier der Schauspielers zum Herrn der Szene; man sieht, wie alle übrigen Köpfe auf untergeordnetes Material in der Hand des Spieltheaters sind, wie die ständige Szenen-gestaltung zum rhythmischen Werkzeug wird für

es entstand ein großer Tumult. Ein großer Teil der Betriebskräfte betrieb den Kongress. Von dem Gewerkschaftsjahrgang blieb nur einer zurück. In dem allgemeinen Durcheinander nahmen die autonomen Betriebsräte im Saale Platz. Angehörige der Zentralleitung erschienen nunmehr einen neuen Kongress. Während der Besprechung über einen Antrag der Zentralleitung auf Aufhebung des Generalstreiks in Ober-Sachsen erklärte der Betriebsrat des Eisenbahners, wenn der Generalstreik angeschlossen werde, sei die Zustimmung der Eisenbahner zweifelhaft. Der Kongress beschloß jedoch, in Ober-Sachsen den Generalstreik aufzunehmen. Die Polizei gibt bekannt, daß Verhandlungen unter freiem Himmel sowie Zusammenkünfte vor dem Werke verboten sind, und daß die Arbeitswilligen unter allen Umständen geschützt werden.

Aufruf der Gewerkschaften.

Chemnitz, 11. Juni.

Die Arbeitgemeinschaft der Gewerkschaften erklärt einen Aufruf an die ober-sächsischen Gewerkschaften, in dem es heißt: Wenn der angekündigte Streik von den Gewerkschaften übernommen werden soll, so kann dies nur eine geordnete Fortsetzung der Gewerkschaften beschließen. Der Kongress kam aber zu einer Beschlussempfehlung nicht, weil der seit Tagen vorbereitete Plan, ihn gewaltlos zu erzwingen, durchgefallen wurde, wobei die Verhandlungsfunktionäre mißhandelt worden sind. Die Gewerkschaften lehnen es ab, die Verantwortung für die Ereignisse zu tragen, die in den letzten Tagen dauernd zum Streit aufstrebten. Die Verbände fordern ihre Mitglieder auf, im eigenen Interesse und dem ihrer notwendigen Familien, bei der Arbeit zu verbleiben, oder die Arbeit wieder aufzunehmen und das Ergebnis der zentralen Verhandlungen in Berlin abzuwarten.

Generalstreikbeschluss der Landarbeiter.

Dresden, 10. Juni.

Der Deutsche Landarbeiterverband hat für Mittel- und Nieder-Sachsen den Generalstreik erklärt, da die Arbeitgeber die Erfüllung der bestehenden Landarbeiterforderungen ablehnen, obwohl gerade die sächsische Landwirtschaft in der letzten Zeit glänzende Gewinne gemacht hat. Die Mindestbedingungen des Landarbeiterverbands für die Wiedereinführung der Arbeit umfassen eine Arbeitshilfe in Höhe eines Monatslohnes nach dem jetzigen Stande, sowie die Reduzierung der Bodenrenten für fünf Jahre. Die Reduzierung der Steuern wird nicht verlangt, dagegen die volle Unabhängigkeit der Katasterkatastrale und der Besitz auf Entlassungen aus Verhaftung des Streiks.

Arbeitseinstellungen in Hannover.

Hannover, 10. Juni.

Auch in Hannover hat die Notlage der arbeitenden Bevölkerung erheblich zugenommen. Große Kompensationen sind in den Betrieben des Heiner Walzwerkes und der Iseher Hütte zu befechten. Die Arbeiter dieser Betriebe haben das letzte Angebot der Metallindustrie, das ab

2. Mai 1918 Nr., ab 24. Mai 1920 Nr., ab 2. Juni 1922 Nr. und ab 2. Juni 1923 Nr. als Stundenlohn vorlag, mit Rücksichtnahme auf die gleiche Art und Maß für Arbeitseinstellung aufzuheben.

Da laut Arbeitseinstellung eine achtstündige Arbeitszeit für die Betriebe besteht, wird diese Frist benutzt, um, unter Mitwirkung des Reichsarbeitsministeriums, eine Veranschlagung zu erzielen. — Die Berechtigung der

technischen Notdienste in Betrieb angeschlossen, weil durch die Stilllegung der betreffenden Werke die Stromversorgung der Stadt Hannover unterbrochen würde.

Republikanisierung in Sachsen.

(Zur Tagung des Sächsischen Republikanischen Reichsbundes in Chemnitz am 9. Juni.)

Von Volkseigenen Oberst Dr. Schöninger.

Sachsen ist ein Arbeiterstaat, ein Gemeinwesen, getragen vom Willen der proletarischen Mehrheit der Bevölkerung zur politischen Macht. In allen deutschen Ländern haben es die Träger der politischen Macht verstanden oder wenigstens versucht, den Körper der Staatsverwaltung nach ihren Gesichtspunkten zu formen: in Bayern sind die Beamtenkreise die Domäne der Reaktion, in Württemberg herrscht das Zentrum, in Baden und Hessen der Liberalismus, in den Hansestädten eine Art manchesterlicher Staatssozialismus, in Ostpreußen und Mecklenburg ein agrarischer Reformismus, in Preußen liefert sich hinter den Kulissen des Verwaltungsapparates die R. V. D. und die Deutsche Volkspartei erbitterte Schlächten und schliefen dann freundschaftliche Kompromisse — in Sachsen und Thüringen aber hat die politische gereifte Arbeiterbevölkerung den Staat und seine Verwaltung ohne jede Hemmungen in Händen, um ihn zu formen nach ihrem Sinn und nach ihrem Willen.

Einen wir uns dessen bewußt, daß wir, die wir als Bausträger des Volkes an dem Werk der Republikanisierung der sächsischen Staatsverwaltung arbeiten, eine geordnete Verantwortung gegenüber dem deutschen Volk und seiner vom Sehnen nach einer neuen Staatsidee erfüllten Arbeiterschaft tragen. Das ganze republikanische Deutschland steht auf uns, die wir unter der politischen Ägide des Ministeriums Beigner in der Staatsdienerschaft der sächsischen Republik neue Werte schaffen und neue Menschen formen. Darum heißt es, mit allem Geschick, mit allem Eifer, mit aller Sorgfalt und doch mit aller Energie zu arbeiten, um das seine und komplizierte Instrument der sächsischen und intellektuellen Vindikation unserer Staatsbeamten nicht mit läppischen Häufchen zu zerhacken und damit dem Regime selber eine Niederlage zuzufügen, die sich zwar weniger auf dem Gebiet der Politik und Wirtschaft als auf dem Gebiet des Prestiges in Sachsen und im ganzen Reich auswirken würde. Jawohl — die sächsische Regierung besitzt im Augenblick die volle politische Macht. Kraft der ihr zur Verfügung stehenden verwaltungsmäßigen und gesetzgebenden Kräfte vermag sie sich den Staat zu formen, wie sie will. Ihr Rechtswort kann der Bildung eines „Republik-Schutzes“, des proletarischen Selbstschutzes, Rahmen schaffen, und schließlich, wie sie will, „Provisorien“ setzen in den „Äußersten“ Respekt der Staatsverwaltung keinerlei Hemmungen entgegen. Sie hat das materielle Recht der sie stützenden Mehrheit der Bevölkerung hinter sich und kann danach handeln. Hat es der Wilhelminische Staat etwa anders gemacht, als er, kraft seiner Gehebe und kraft seiner Verwaltungsmaschine, das „Volk“ regierte — kraft seiner materiellen Macht?

Wir Deutsche können sozialpolitisch ungeheuer viel lernen aus der Handhabung der staatlichen Gemeinschaft in den englischen und anglo-amerikanischen Ländern, die uns in unserer Rolle im Reich der deutschen Obrigkeit und Militärstaates unverständlich und unverständlich erschienen.

Dieser Wechsel in der politischen Macht auf dem Boden des „Zwei-Parteien“-Systems, diese Mittelzeit im Zeitpunkt der Ablösung des liberalen durch das konservativ-regime in England oder des republikanischen durch das demokratische in den Vereinigten Staaten von Amerika soll uns eine Lehre sein, wie wir in den zur politischen Macht gelangten deutschen Demokratien die politische Macht auszuüben lassen auf die Verwaltung — nicht etwa in der Form, daß wir das zwangweise Ausschneiden des in England und den Vereinigten Staaten von Amerika unter ganz anderen Bedingungen entstandenen „self-government“-Funktionärs und halbberuflichen „politischen Beamten stumpfsinnig auf die ganz andersartigen und erzeugten deutsche Berufsbeamten übertragen, sondern in der Weise, daß wir uns die Führung vor der Arbeiterpartei der beiden großen politischen Gebilde zu eigen machen für die Taktik unserer Republikanisierungstaktik.

Um einen Vergleich zu gebrauchen: Die Maschine der Staatsverwaltung, die seit Jahrzehnten durch die Dämpfe eines reaktionären Regimes vorwärts gezogen wurde, darf nicht ruiniert werden dadurch, daß man den Dampfdruck durch einen plötzlichen Umsturz mit aller Kraft und aller Eile einen rein proletarischen Heißdampf durch die erhaltene Röhre jagt. — Nehmen wir zunächst eine neutrale, lediglich den Staat bejahende Mischung, um den komplizierten Apparat zunächst in Gang zu halten, eine Mischung, die mit Monarchie und Sozialismus gleichermaßen nicht zu tun hat: den Deutschen Republikanischen Reichsbund, als Instrument im Kampf um den Staat.

Um einen Vergleich zu gebrauchen: Die Maschine der Staatsverwaltung, die seit Jahrzehnten durch die Dämpfe eines reaktionären Regimes vorwärts gezogen wurde, darf nicht ruiniert werden dadurch, daß man den Dampfdruck durch einen plötzlichen Umsturz mit aller Kraft und aller Eile einen rein proletarischen Heißdampf durch die erhaltene Röhre jagt. — Nehmen wir zunächst eine neutrale, lediglich den Staat bejahende Mischung, um den komplizierten Apparat zunächst in Gang zu halten, eine Mischung, die mit Monarchie und Sozialismus gleichermaßen nicht zu tun hat: den Deutschen Republikanischen Reichsbund, als Instrument im Kampf um den Staat.

Den Schatz der Republik können wir ruhig der republikanischen Staatspolitik und den proletarischen Hundertschaften überlassen, auf dem Gebiet der Republikanisierung der Verwaltung aber fallen uns wichtige Aufgaben zu. Der Reichsbund muß eine Arbeitsgemeinschaft bilden, vom Ministerpräsidenten herunter bis zum jüngsten Polizisten und Kanakken, die sich ihrer Aufgabe bewußt sind, jedem Berufsangehörigen zu Leibe zu rücken mit der Frage: Bist du unserer Seite oder bist du es nicht?

Wir haben einzelne unverbesserliche, altidee Saboteure der Republik in allen Berufsgruppen — sie müssen zur Strecke gebracht und entlarvt werden. Wir haben genug passive Saboteure der Republik unter uns, die den Korren einfach laufen lassen — weh, das ist ihnen gleich — und sich

hauptsächlich auf den Empfang republikanischer Staatsgelder kaprizieren — sie müssen vor die Alternative gestellt werden, entweder zu verschwinden oder für den Staat mit aller Kraft zu arbeiten.

Wir haben aber dritten das Herz der Inoffiziellen, die nicht die Kraft aufbringen, sich innerlich und äußerlich umzuwandeln — obwohl sie schon gern möchten — und in ein näheres Verhältnis zum Volkstaat und seiner Arbeiterschaft zu kommen. Die gilt es zu werben!

Die Werberaufgabe des Deutschen Republikanischen Reichsbundes ist also ebenso wichtig wie seine rein machtpolitische. Nicht Vereinsarbeit und Stellenarbeit ist die Quintessenz dieser so dringend notwendigen Organisation, sondern Erneuerungsbewegung an den Menschen und Befreiung und Erweiterung ihres staatsrechtlichen und ökonomischen Bewusstseins, sowie ihres politischen Horizonts.

Die diese Menschen gibt es, die parteipolitisch einfach nicht zu interessieren sind, denen das „höchste Ziel“ der sächsischen Brot- und Interessen-Politik ewig unverständlich sein wird! Wenden wir sie — wenn der politische Instinkt versagt — beim Gemüht. Eine der wichtigsten Aufgaben des Deutschen Republikanischen Reichsbundes aber soll es sein, alljährlich eine „Wahlfeier“ am 18. März und eine „Verfassungsfest“ am 11. August zu arrangieren. Alle Beamten, die früher mit gestärkter Hemdbüchse und mit Zylinder, mit Schärpe und Helm zum „Kaiser-Diner“ gewaltsam gezwungen sind, die gilt es, durch diesen überparteilichen Verband zu erfassen und zu einer würdigen, durch Ehre und Regeneration aus der Tradition der großdeutschen Einheit- und Freiheitsbewegung verklärten Feier der Republik zusammenzuführen. Das können und wollen wir von den Dichtern unseres Staates verlangen. Wer scrubt, wenn es gilt, die Majestät der Republik an ihrem Geburtstag zu ehren, mag sich dadurch selber richten!

Der Deutsche Republikanische Reichsbund ist in Sachsen noch wenig hervorgetreten, obwohl seine Schwerkraft-Organisation, der „Reichsbund“, von Sachsen aus seinen Eroberungszug durch Deutschland angetreten hat. Der Reichsbund, mit seinem Sitz in Chemnitz (Zobitzstr. 13), beherrscht zur Stunde lediglich das Zentrum und den Südwesten Sachsens. Die großen Städte Dresden, Leipzig und Bautzen werden erst in den nächsten Monaten Ortsgruppen erhalten. Am 8. September aber soll die Bewegung so weit gediehen sein, daß auf der Albrechtsburg in Weissen die neue Organisation zum erstenmal in aller Macht und Kraft vor das republikanische Sachsen treten kann, um zu zeigen von ihrem riesenhaften Willen, den sächsischen Reichsbund zum lebendigen, lebensfruchtigen Träger unserer Staatsidee zu machen.

Um ein kultureller und politischer Faktor im Rahmen eines Arbeiterstaates zu werden, dazu gehört aber vor allem innere Verbundenheit mit dem Werte schaffenden Proletariat. So muß jede Arbeit für die Republik ihre Wurzel in der Tiefe des Lebens finden, der die Kultur unserer sächsischen und deutschen Arbeiterbewegung ward!

den einzelnen Darsteller und für das Ensemble. Der sächsische Apparat arbeitet ausnehmend mit ganz einfachen Mitteln, ist aber dabei doch ein überaus künstlerischer, die in die kleinste Einzelheit durchdachter Organismus. Charakteristisch für diese Szenarienmethode ist etwa H. Weidmanns Bühnenmodell zur Grotte „Der Mann, der Donnerstags war“ (nach Chefitons Roman). Das Gerüst für die gesamte Szenenfolge steht da fix und fertig aufgebaut. Der hohe Bühnenboden existiert nicht mehr; er ist in Ebenen verschiedener Höhe zerlegt, in eine hochwertig übereinandergehobene Raumkomposition, in der das Bedeutsame liegt, an der die Aktion fließt, die raumfüllende Kraft des Darstellers sich auswirken soll. (Direktor Jahnke in Berlin brachte ähnliche Wirkungen mit seiner vielangelegten „Troppe“ an.) Szenenwechsel wird auf die denkbar rascheste Art durch Verdunkelung der für die Aktion nicht benutzten Partien des Szenenraums bewerkstelligt.

Andere Modelle zeigen präzisierbare, in Kulissen veränderbare Vorhänge und allerlei Vorrichtungen mit automatisch funktionierenden Mechanismen. Zu den Stücken des Dresdener Volkstheater (Oskar Wilde „Salome“, „Gloria-Gloria“ und die „Phädra“ des Euripides) wurden in den Werkstätten des Kammertheaters originale Bühnen- und Kostümentwürfe geschaffen. Originalwichtige kostümliche und szenische Gestaltungen erfuhren Radlovas „Salomina“, Claudels „Verdämung“, Prinzessin Brambilla“ und „Signor Formica“ (nach E. D. F. Hoffmann) und „Romeo und Julia“. In den Kostümbüchern herrscht ein primitiver Expressivismus vor; die Szenen sind aber ebensowohl entfernt von harter Stilisierung, wie von naturalistischer Wirklichkeitsphotographie. Überall merkt man das Bestreben, auf Aufmerksamkeit auf den Darsteller zu lenken. Auch die Musik ist nur „rhythmischer Gesand“ der szenischen Handlung.

Kraftvoll gestaltete Musikdarstellung ist das oberste Ziel dieses „Szenischen Theaters“, das alle Elemente der Bühne reflexion umfassen will,

und seine letzte Konsequenz: die große tragische Glorietze, Feld und Karr in ungetrennter Einheit. Hier gibt es keine Rollenbücher. Der Jochanan in der „Salome“ spielt morgen den Katakombino in „Gloria-Gloria“.

Wie das alles möglich ist? — „Sehen, Sehen!“ sagt mit Recht Leitort Kollege Direktor Raxholm, den die Fortsetzung der heimischen Bühnenlauf aus Wien zum „Einzelnen Theater“ trieb. Max Abbe.

Die Essener Sänger in Dresden.

Die Essener Sänger, die am Sonnabend auf ihrer Konzertreise durch Deutschland hier eingetroffen waren, wurden nach einem am Sonnabend abend vorausgegangenem Konzert Sonntag nachmittag 1 Uhr im Landhausgebäude in offizieller Weise empfangen und in Gegenwart zahlreicher führender Persönlichkeiten vom Ministerpräsidenten Dr. Beigner namens der sächsischen Regierung und vom Oberbürgermeister Böhler namens der Stadt Dresden mit herzlichem Wort begrüßt. Die Dankesworte des Vorsitzenden des Essener Vereins Bogis Klingen in das Gelübnis aus, daß auch weiterhin unentwegt am passiven Widerstand festgehalten werden würde. Am Mittwoch geht die Fahrt der Sänger nach Leipzig weiter.

Das Konzert des Männergesangsvereins „Männerquartett“ Essen a. d. Ruhr fand bei bewundernswürdiger nicht im vollsten (Gewerkschafts-) Saale statt. Also daß ihr Vortrag für die Ruhrlöhne den Erwartungen kaum entsprechen konnte. Welche Umstände bei der immerhin auffallenden Nichtteilnahme mitgesprochen haben mögen, entzieht sich unserer Kenntnis. Nun, und die Gesungenen bereiteten jedenfalls den Essener Sängern einen warmen, herzlichen Empfang. Sie stellen einen Chor von recht beachtlichen Qualitäten dar, verfügen über gutes Stimmaterial (sächsische Tenöre), gute Regiebehandlung, frischen, un-

gezwungenen Vortrag, und so war bald Stimmung im Saale. Dazu ein Programm, das natürlich den vaterländischen Ton anschlug und im besonderen auch den Rhein und das Rheinland, den rheinischen Wein und die rheinischen Mädchen besang. Selbstverständlich unter jubelndem Beifall. Zum Teil hatte sich aber der Verein auch musikalisch anspruchsvollere Aufgaben gestellt, darunter Hugo Knauts in der Harmonisch schwierigen Chor „Verge“, und die Chorballade „Göttertraue“ von H. Wagner, deren Wiedergabe ihm besonders gut gelang. Zwischen den Chorvorträgen bot das Konzert der Essener Sänger, deren Liedermesser Franz Dengstedt den ihnen gespendeten reichen Beifall quittieren konnte, noch eine Reihe gesungener Solovorträge. Da erregte eine junge Sängerin, Tillde Stobber, durch Lieder von Grieg und Georg Kreisling, die ihrer hübschen, frischen, auch nicht ungeschulten Stimme wie ihrem anmutigen Wesen, wie man sagen könnte, gut zu Gesicht fanden. Ein Bassist Heinrich Wörgel, offenbar ein geschäftiges Vereinstätmitglied, bewerkstelligte dem Programm ganz passend sich einfügende Gesänge bei. Die Begleitung am Klavier führte Musikdirektor Paul Wexner zweckentsprechend aus.

Pierre Loti †. Nach einer Berliner Meldung ist der französische Romanschreiber Julien Viaud, bekannter unter seinem Pseudonym Pierre Loti, im Alter von 73 Jahren gestorben. Loti ein Hugenottenabkömmling, besuchte seine der Romantik zugehörige, fast produktive Phantasie an dem Erlebnis und Abenteuer der Geschehen, die ihn im Dienste der französischen Marine seit seinem sechzehnten Jahre nach allen Ecken der Erde führten. Aus dieser Periode stammt seine Bekanntheit für Exotik, für die Darstellung primitiven Lebens; ihr gehören farbige und zugleich melancholische Schilderungen wie „Kajitobé“ oder „Morrah“ (ein Liebesidyll auf Tahiti) oder „Der Roman eines Spahis“ an, denen später u. a.

„Madame Christyphème“, „Jerusalem“, „Gallien“ und der baltische Bauernroman „Kamuntsho“ folgten. Als sein bestes Werk gelten die „Istambulische“ (1896), die auch im deutschen Lesepublikum eine große Gemeinde fanden. Unter dem Titel „Der Roman einer Kindheit“ schrieb er seine Selbstbiographie. Seine warme Anteilnahme am Leben der Eingeborenen veranlaßte ihn 1883, während des Festzugs in Tonkin, dem „Figaro“ eine sehr offenkundige Darstellung über die Segnungen der dortigen Kolonialherrschaft zu schreiben; die Folge war seine zeitweilige Amtsenthebung. Loti hat mit seinem anmutigen, aber nicht übertragenden Ehrerditall leider ein wenig Mißbrauch getrieben. Seine Berühmtheit verdankt er mehr dem Stofflichen als der künstlerischen Qualität. Ein Vergleich seines Buchs über Ägypten (das nicht Dichtung, sondern eine Sammlung durchschnittlicher Reiseaufzeichnungen) mit Flauberts grandiosem Ljyptenbuch sagt über diesen Punkt alles, was darüber zu sagen ist.

Theaternachrichten. Sächsische Staatstheater. Opernhaus. Mittwoch, am 13. Juni: „Der Barbier von Sevilla“ mit Bielefeld v. Schuch (Rosine), Richard Tauber (Graf von Almaviva), Waldemar Elwegmann (Figaro), Billy Haber (Don Basilio), Ludwig Ernold (Don Bartolo). Anfang 8 1/2 Uhr.

Schauspielhaus: Dienstag, am 12. Juni nach längerer Pause Shakespeare's Lustspiel „Was ihr wollt“ in folgender Besetzung der Hauptrollen: Ostino — Herbert Dirmojer, Olivia — Antonia Dietrich, Viola — Alice Berden, Sebastian: Willi Kleinjung, Tobias — Alfred Meyer, Sirrhop — Alexander Dietrich, Malvolio — Adolf Müller, Fabio — Paul Paulsen, Kar — Gied Porto, Maria — Jenny Schöffer, Antonio — Wilhelm Quardt. Anfang 7 1/2 Uhr.

Verein. Mittwoch, 13. Juni, abends 8 1/2 Uhr. Revue „Lustige“: Allgemeine Lustspiele.



Die Delbrüchschichte für Deutschland.

Breslau, 10. Juni. Die oberösterreichische Grenzkommission hat, trotz allen politischen Bemühungen, auf Grund eines neutralen Sachverständigen Gutachtens beschlossen, die Delbrüchschichte endgültig Deutschland zuzusprechen. Damit hat eine Frage ihre Regelung gefunden, die in letzter Zeit zu einer unerquicklichen Agitation auf deutscher, wie auf polnischer Seite Anlaß gegeben hat. Näher dem Kommissar Deutschlands stimmten der italienische und englische Vertreter für den Verbleib bei Deutschland.

Warum Richter entwischt.

Interessante Feststellungen im Landesverratsprozeß.

- München, 10. Juni. Die Erklärungen des Ministers Schweyer im Landtag zu der Tatsache, daß Richter nicht verhaftet wurde, bedürfen aus prozessualen, vor allem aus aber politischen Gründen, einer Stellungnahme. Der Minister stellte fest: 1. Es ist unklar, daß die Verhaftung des Richters aus innerpolitischen Gründen nicht durchgeführt ist. 2. Die tatsächlichen Unterlagen waren am 20. Februar noch mangelhaft. 3. Das ganze Verhaftungsmaterial war noch in den Händen eines Dritten. 4. Der Aufenthalt des Richters fand keine Beweise.

Der ersten Behauptung Schweyers steht die eibliche Aussage des Zeugen Major Wahr gegenüber, wonach Kautler als Teilnehmer der Verhaftung bei Schweyer dem Zeugen Wahr erklärt hat, Schweyer habe tatsächlich angedeutet, daß aus innerpolitischen Gründen die Verhaftung des Richters zunächst nicht stattfinden solle. (Die Vernehmung des Zeugen Kautler soll nächste Woche erfolgen.)

Zu Punkt 2 ist festzustellen, daß nach dem bisherigen Ergebnis des Prozesses, die Unterlagen am 20. Februar in keiner Weise mangelhaft waren, sondern daß, im Gegenteil, aus weiteren beiden Zeugenaussagen hervorgeht, daß das Material, wie es dem Minister Schweyer am 20. Februar vorgelegt wurde, schon damals genau so lückenlos war, wie es heute ist.

Zu Punkt 3: Das ganze Verhaftungsmaterial befand sich in den Händen des Leutnants Friedmann, des Geschäftsführers des bayerischen Ordnungsbundes, dem ja Schweyer sehr nahe steht, und dessen Vorführung, Herrat Fritz, bei der Vernehmung mit Schweyer anwesend war. Warum wurde Friedmann nicht sofort zum Richter geführt? Sollte Schweyer aber mit dem "Dritten" Major Wahr gemeint haben, so ist diesbezügliche Frage berechtigt. Denn Major hat unter Eid bezeugt, daß er nach der Verhaftung um 20. Februar die darauf folgenden 36 Stunden ununterbrochen in seiner Wohnung zugebracht hat in der Erwartung, daß ihn die Polizei rufen werde.

Zu Punkt 4: Schweyer und Polizeipräsident Rorx waren davon unterrichtet, daß die Verhaftung am 20. Februar abends 8 Uhr stattfinden werde. Es wäre ein Leichtes gewesen, die Wohnung des Rorx auszufindig zu machen, wo diese Sitzung tatsächlich abgehalten wurde, und so auch, wie sich später herausstellte, Richter sich bis gegen früh 6 Uhr des kommenden Tages aufgehalten hat.

Zur Klärung dieser ganzen Angelegenheit erdnehe das Gericht am sechsten Verhandlungstag des Sachaus-Prozesses die nachmalige Ladung des Zeugen Major Wahr an, der am 20. Februar, zusammen mit Kautler, beim Minister Schweyer war. Unter Eid schiederte dieser den Vorgang in folgender Weise:

Am Vormittag des 20. Februar hielt Kautler die Situation für so außerordentlich kritisch, daß ihm eine sofortige Verhaftung der Behörden notwendig erschien. Er bat mich, ihn zu Minister Schweyer zu begleiten. Wir gingen um 4 Uhr nachmittags zu Schweyer, wo Kautler, an Hand eines schriftlich niedergelegten Protokolls, dem Minister den ganzen Sachverhalt schilderte und dann anschließend noch seine persönliche Auffassung auseinandersetzte. Kautler gab dabei eine solche Menge zersäender Einzelheiten wieder, daß Schweyer jedenfalls von dem Ernst der Situation vollständig überzeugt sein mußte. Kautler sagte zum Schluß, daß er selbst und seine Mitarbeiter die weitere Entwicklung dieser Dinge nicht mehr auf ihre Verantwortung nehmen könnten; sie überließen nun die Entscheidung den Behörden. Er stelle nur die eine Bedingung, daß restlos zugegriffen werde und daß nicht durch halbe Maßnahmen irgendeine Verschleierung ermöglicht werde. Schweyer war im höchsten Maße erkrankt und in großer Erregung. Er erklärte, daß ihm ähnliche Zusammenhänge zwischen Rorx und Rühlies bekannt gewesen seien, andere Namen dagegen nicht. Nummer Angere Kautler, er sei in der Lage, dem Minister die ganze Verhaftungsgeschichte noch heute abend aus Meißer zu liefern. Schweyer bestellte daraufhin die beiden Herren nochmals auf 7 Uhr zu sich, um inzwischen den Polizeipräsidenten Rorx zu verständigen. Bei dieser zweiten Unterredung um 7 Uhr war Schweyer schon zusehender, und Rorx

erwarte den Eindruck, daß er die ganze Angelegenheit überhaupt nicht ernst nehmen. Ich hatte beabsichtigt auch eine Wiederbegehung mit Rorx; weil dieser sagte, die Sache wäre doch wohl nicht so schlimm und am Ende aufgehoben. Er hätte doch andernfalls etwas von seinen Kriminalorganen erfahren müssen. Ich gewann nun den Eindruck, daß Schweyer und Rorx die Sache nicht für so dringend hielten und sie erst noch näher untersuchen wollten. Wegen der Person des Richters sagte der Polizeipräsident ausdrücklich, daß man den Franzosen bei späterer Gelegenheit wieder nach München herüberlocken und ihn dann festnehmen werde. Da Kautler selbst nicht wußte, wo die Verhaftungsvorgänge stattfinden werde, gab der Polizeipräsident an, daß Kriminalbeamte später mit ihm zusammenstreffen sollten, um ihn dorthin zu begleiten. Die Herren verließen sich aber.

Auf Befragen äußerte der Zeuge Fritz dann, er könne sich wohl vorstellen, daß Schweyer aus außenpolitischen, nicht aus innenpolitischen Gründen eine sofortige Verhaftung des Richters für ungewandmäßig gehalten habe. Jedenfalls habe er aber den Eindruck gehabt, daß Schweyer die Verhaftung nur aus tatsächlichen Gründen durchgeführt habe. Der Vorsitzende des Gerichts schloß diese Episode mit der Bemerkung: „Daß dieser raffinierte Franzose nicht mehr herüberkommen würde, war doch klar.“ Über die Person des Richters wußte übrigens ein Zeuge namens Fontaine, der längere

Die deutsch-dänischen Beziehungen

Ministerpräsident Brauu über die Sorgen der Nordmark.

Berlin, 10. Juni. In der gestrigen Sitzung des preussischen Landtages hielt der Ministerpräsident Brauu in Antwortwortung der Großen Anfrage über die Lage der durch die dänische Propaganda bedrohten Nordmark folgende Rede:

Ich werde auf die in der Großen Anfrage Nr. 207 aufgeführten Einzelheiten nicht eingehen. Sie entsprechen leider wohl zum Teil den Tatsachen.

Ich werde vielmehr im allgemeinen zu der Bedrohung unserer Nordmark durch dänische Ausdehnungsbestrebungen Stellung nehmen, die unsere auf der Grenzmark in der Nordmark lebende treubürgerliche Bevölkerung mit einiger Sorge erfüllt.

Tabei werde ich gleichzeitig dem dänischen Unterrichtsminister Appel kurz auf die Ausführungen antworten, mit denen er Teile meines vor kurzem durch die dänische und deutsche Presse gegangenen Interviews zu entlasten versucht hat. Herr Unterrichtsminister Appel hat auf die weitgehenden Rechte hingewiesen, die den deutschen Minderheiten in dem dänisch gewordenen Teile Schleswigs gesetzlich zustehen. Ich bitte ihn, es mir nicht zu verhehlen, wenn ich demgegenüber betone, daß zwischen Theorie und Praxis ein fester Widerspruch zu bestehen scheint.

Aus der Fülle des mir vorliegenden Materials will ich im Rahmen dieser Ausführungen nur hervorheben, daß in den Städten zwar überaus

deutsche Schulabteilungen eingerichtet sind, weil der deutsche Bevölkerungsanteil zwischen 40 bis 70 Proz. beträgt. Aber auf dem Lande hat die deutsche Minderheit nur dort einen gesetzlichen Anspruch auf Errichtung einer deutschen Schule, wo 20 Proz. der Eltern des Kirchspiels mit zusammen 24 Kindern den Antrag stellen. Über diesen Antrag ist aber von der gesamten Bevölkerung des Kirchspiels, also auch der dänischen Bevölkerung, in der Weise abzustimmen, daß nicht abgegebene Stimmen als gegen den Antrag abgegeben zählen.

Wollte Schwierigkeiten bietet die Kostenfrage, weil die Aufhebung in die Hände des Kirchspielrats gelegt ist, in dem unter Umständen allein die dänisch gesprochenen Mitglieder noch einmal über das Bedürfnis zur Errichtung einer deutschen Schule abstimmen. Schließlich weise ich noch darauf hin, daß in vielen Orten deshalb kein deutscher Unterricht erteilt werden kann, weil Lehrkräfte, die zur erteilung deutschen Unterrichts befähigt wären, nicht zur Verfügung stehen.

Zusammenfassend läßt sich also sagen, daß zwar der Wortlaut des dänischen Schulgesetzes scheinbar von außerordentlichem Entgegenkommen gegenüber der Minderheit zeugt, daß aber in Wirklichkeit die Benutzung der Bestimmungen in sehr vielen Fällen nicht möglich ist. Erst in den allerletzten Tagen ist eine Neuregelung erfolgt, die den deutschen Minderheiten bis zu einem gewissen Grade Rechnung trägt, deren praktische Auswirkung aber abzuwarten bleibt.

Was dagegen die Behandlung der dänischen Minorität betrifft, so kann ich erklären, daß wir überall die Erteilung dänischen Unterrichts bewilligen, wo es sich um Kinder auch nur eines dänischen Elternteils handelt.

Auf das allernötigste müssen wir uns indes dagegen wenden, wenn die Dänen, mit Hilfe ihrer auf die Überlegenheit ihrer Rassisten gestützten Propaganda, es versuchen, den Kreis der dänisch sprechenden Minorität künstlich dadurch zu vergrößern, daß sie auch Kinder in deutscher Eltern für ihre dänischen Schulen und somit für die Erziehung in dänischer Sprache

Zeit Reaktor im Saargebiet gewesen sind, erwidern zu können, Richter ist ein im Saargebiet allgemein bekanntes Persönlichkeitsbild, das man aber über keine tatsächliche Stellung und die Rolle, die er spielt, genau informiert gewesen sei. Er bewohne seit dem Einmarsch der Franzosen ins Saargebiet eine Villa in Saarbrücken (Rieserweg 20), sei äußerlich Privatmann, werde aber mit dem Titel „Kommandant“ angesprochen und verleihe sehr viel in der Regierung des Saargebietes. Hiemlich fäher wäre, daß Richter der Chef der französischen Propaganda im Saargebiet sei, die den Zweck habe, das Saargebiet dauernd an Frankreich anzugliedern.

Und einen solchen Mann läßt Herr Minister Schweyer entweichen!

Kleine Auslandsnachrichten.

Paris, 11. Juni. Der kommunistische deutsche Reichstagsabgeordnete Dölllein ist, nach dem „Echo de Paris“, gestern abend in Freiheit gesetzt worden. Er ist an die deutsche Grenze geschafft worden.

Sodas berichtet aus Prag: Es sei ein Abkommen geschlossen worden, das für das Jahr 1924 die Entsendung von 24000 tschechischen Arbeitern nach Frankreich vorsehe.

In der Gironda fanden zwei Kantonalwahlen statt. Für einen der beiden Sitze wurde in Bordeaux der Beiratschef der Schwarzen Meer-Flotte Marly ohne Gegenkandidat gewählt.

zu gewinnen suchen. Dauern stellen wir bei den Renommierungen für die dänischen Schulen einen großen Prozentfuß von Kindern fest, die kein Wort dänisch können. Solche Kinder in Schulen mit dänischer Unterrichtssprache unterrichten, heißt sie geistig verkrüppeln wollen. Diese Auseinandersetzungen würden sich vielleicht erörtern, wenn wir mit Dänemark zu einem Minderheitsabkommen gelangt wären. Wir haben den Abjusch eines solchen Abkommens angeboten, aber die dänische Regierung hat sich geweigert, selbst auch nur in Vorbereitung dazüber einzutreten.

Aber es wird ja nicht nur auf dem Gebiet der Schule eine unzulässige propagandistische Einwirkung auf die deutschen Nordmarkler versucht, sondern es wird auch auf allen anderen Gebieten des öffentlichen Lebens eine außerordentlich starke dänische Propaganda

getrieben. Wenn man dänische Zeitungen in deutscher Sprache zu Preisen kauft, die noch nicht einmal die Hälfte der Selbstkosten betragen, wenn man weiter 234 Besucher dänischer Volkshochschulen z. B. in einem Winter mit Geld unterstützt und ihnen freie Reise, Aufenthalt und Unterricht in Dänemark gewährt, wenn man durch Ortsgruppen des schleswischen Vereins Lebensmittel, Geld und Kohle verteilt und Subventionen an Sportvereine gibt, so hat das natürlich einen politisch propagandistischen Zweck.

Nebenher geht das Bestreben, auch wirtschaftlichen Einfluß zu gewinnen. Insbesondere hat der Erwerb deutschen Grund und Bodens durch die Dänen sehr stark zugenommen. In Flensburg allein sind in der Zeit vom 1. Januar 1920 bis 31. Dezember 1922 340 Grundstücke in dänische Hand übergegangen. Ähnlich, wenn nicht gar schlimmer, liegen die Verhältnisse auf den Inseln. Es ist uns in unserer Lage nicht leicht, dem entgegenzuwirken, aber wir müssen jede Achtung als selbständige große Kulturaktion betrachten, wenn wir uns gegen diese dänische Durchdringung deutscher Gebiete nicht wehren wollen.

Zum Schluß möchte ich noch das wiederholen, was ich schon verschiedentlich erklärt hab: Wir haben gegen Dänemark als Volk und Staat nicht den mindesten Groll und Mähen, mit ihm in Freundschaft und Frieden zu leben. Seine lokale Rentabilität im Kriege haben wir nicht vergessen. Auch so manches Wert der dänischen Hilfsfähigkeit an unseren Kindern verpflichtete uns noch heute zu Dank. Aber wir verlangen, gerade im Interesse eines guten nachbarlichen Verhältnisses zwischen den beiden Ländern, daß die verantwortlichen Stellen in Dänemark den unverantwortlichen kabinettischen Kreisen, die auf dem besten Wege sind, unser gutes Einvernehmen zu stören, das Handwörter legen.

Können wir es schon nicht hindern, daß eine mit reichen dänischen Mitteln unterstützte dänische Pressepropaganda versucht, die dänische Bevölkerung Nordschleswigs diesseitig der Grenze zu dänisieren — wie ich hoffe vergeblich — so müssen wir mit um so größerem Nachdruck den dänischen Nationalisten, die, geführt auf die Hochwertigkeit ihrer Rassisten, versuchen, die deutsche Jugend in den dänischen Schulunterricht zu locken, zurufen:

Hände weg von unserer Jugend!

Sie ist der letzte und wertvollste Schatz, der uns in dem Glend des politischen und wirtschaftlichen Niederrucks noch geblieben ist. In müssen wir und werden wir mit Zähnen und Nägeln verteidigen, denn er liegt in sich die einzige Hoffnung auf eine glücklichere Zukunft unseres jetzt so schwer leidenden Vaterlandes.

Umsatz in Bulgarien.

Wien, 10. Juni. In der Nacht vom Freitag auf Samstag ist die bulgarische Regierung in Stambul von einer Organisation der Reserveoffiziere gestürzt worden. Die Minister wurden in Haft genommen, und sofort die Bildung einer neuen Regierung vorgenommen, die sich aus allen Oppositionsparteien zusammensetzen und an deren Spitze Prof. Zankoff getreten sein soll. Der Umsatz verlief nach den bisher vorliegenden Meldungen vollkommen unblutig. Aber Sofia wurde der Ausnahmezustand verhängt.

Schon mehrfach, das letztemal erst vor etwa einer Woche, kamen aus Bulgarien Nachrichten über einen vollzogenen Umsatz, ohne sich jedoch zu bewahrheiten. Das Auffällige an diesen Meldungen war, daß sie nicht aus dem Lande des vergangenen Kaisers Stambulisch kamen, sondern immer aus einem der Grenzländer. Diese Tatsache läßt vermuten, daß der jetzt vollzogene Umsatz seine Vorbereitung nicht unmittelbar in Bulgarien gefunden hat, sondern vorwiegend in einem Grenzland Kreise am Werke waren, die einen Umschwung der politischen Verhältnisse in dem bulgarischen Nachbarlande wünschten und mit den jetzt am Ruder befindlichen Oppositionellen in Verbindung standen, sie vor allem finanziell und in sonstiger Beziehung unterstützten. Aber auch diese Unterstützung allein hätte zu einem Umsatz wohl kaum genügt, wenn nicht im Lande selbst eine starke Mißstimmung gegen die Regierung vorhanden gewesen wäre. Gewiß hat die Regierung nach außen hin den Eindruck der Stärke gemacht, weil sie erst kürzlich infolge der Änderung des bestehenden Wahlsystems vier Fünftel aller Mandate eroberte. Von insgesamt 246 Sitzen erhielt sie 215, auf den Blod der bürgerlichen Opposition entfielen 13, auf die Kommunisten 16, während die Sozialdemokratie mit nur 2 Mandaten vorliebnehmen mußte.

Die Politik der Regierung Stambulisch war auf eine Annäherung der Kriegsgegner eingestellt und bestrebt, den Balkanbund von 1912 zu erneuern. Diese außenpolitischen Bestrebungen hatten zweifellos ihre Vorteile, denn durch eine serbisch-bulgarische Verständigung dürfte auf längere Zeit hinaus eine friedliche Entwicklung der Verhältnisse auf dem Balkan gesichert sein. Aber die Mittel, mit denen die Bourgeoisregierung ihre Außenpolitik durchzuführen bemüht war, ihre Erfüllungspolitik und die Herabsetzung des Heeres, ihr Verzicht auf große Teile Mazedoniens, hat eine allgemeine Mißstimmung hervorgerufen. Das trifft insbesondere auf die bulgarisch gebliebenen mazedonischen Gebiete zu und zeigte sich erst kürzlich in dem Zustand der mazedonischen Freischaren. Sie dürften auch diesmal an dem Umsatz beteiligt sein und die Hauptstütze der gegenwärtigen Regierung bilden.

Die bulgarische Telegraphen-Agentur teilt über die Gründe des Regierungswechsels mit Bulgarien, daß seit 10 Jahren ein verfassungsmäßiges Leben gewohnt ist, konnte eine Regierung nicht bilden, die eine immer größer werdende in der Kriegsmöglichkeit dekretierte und die Gewalt als das Hauptprinzip der inneren Politik ausgeführt hat. Die Mäßigkeit, mit der diese Regierung geführt werden konnte, ist der beste Beweis für ihre Unpopularität und Korruption. Die neue Regierung wurde von allen Schichten der Bevölkerung mit großem Enthusiasmus angenommen. Die neue Regierung ist von dem unerhörlichen Prinzip des Reichs und der Demokratie durchdrungen. Ihr Bestreben ist, dem Lande den inneren Frieden, die Ordnung und die Einheit zurückzugeben. Friede im Lande und Friede mit dem Ausland, das ist das Programm der neuen Regierung.

Sofia, 11. Juni. In das neue Kabinett sind Oberst Bulloff als Kriegsminister und Christo Kaloff als Minister des Äußeren aufgenommen worden. Nach einer Meldung der bulgarischen Telegraphen-Agentur versammelten sich heute abend auf den Straßen gewaltige Menschenmassen, die vor dem Stadtschloßgebäude der Großmächte Sympathiebekundungen bezeugten. Die neu ernannten Beamten haben ihre Tätigkeit bereits aufgenommen. Der neue Ministerpräsident leitete den diplomatischen Verkehr Besuche ab, die ihm ihre moralische Unterstützung zusagten.

Staatsreichtpläne in China.

Paris, 10. Juni. Sodas berichtet aus Peking von Staatsreichtplänen gegen den Präsidenten Li-Yuan-Sung, der durch den Gouverneur von Peking Hiao-Kun ersetzt werden solle. Gendarmen und Polizei seien gestern in den Streik getreten. In den Straßen von Peking patrouillierte Militär. Angeblich handle es sich bei dem Streik um die der Polizei und Gendarmen noch nicht angezeigten Löhne. Man glaubt aber, daß der Streik zu dem Zweck ins Werk gesetzt worden sei, Truppen von Peking nach Peking zu ziehen und den Präsidenten zum Rücktritt zu zwingen. Nach einer Reuters-Meldung aus Tokio hat die japanische Regierung China ersucht, Maßnahmen zu treffen, um Leben und Eigentum der in China lebenden Japaner zu schützen und die Ursachen zu untersuchen. Japan habe gestern vier Torpedobootszerstörer als Beistellung nach China geschickt.

Ämtlicher Teil.

Gewerbesteuer 1923 betr. Die für die Veranlagung der Gewerbesteuer zuständigen Gemeinden werden darauf hingewiesen, daß das Gewerbesteuergesetz durch ein dem Landtage vorliegendes Abänderungsgesetz verschiedene Änderungen erfahren wird. Da die neuen Bestimmungen bereits bei der Veranlagung für das Rechnungsjahr 1923 Anwendung finden sollen, ist der Abschluß der Veranlagung 1923 bis zur Erabschiedung des Abänderungsgesetzes durch den Landtag auszusetzen. Dagegen steht nicht im Wege, daß die Bestehenden der Gewerbesteuerveranlagung die Veranlagung in geeigneter Weise vorbereiten. Hierbei werden sie bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Ertrags ihr besonderes Augenmerk darauf zu richten haben, ob die Steuerpflichtigen in ihren Steuererklärungen etwa Absetzungen vom Ertrage vorgenommen haben, die sich zwar innerhalb des Rahmens der Vorschriften des Gewinnermittlungsgesetzes vom 20. März 1923 über die Ermittlung des Geschäftsgewinns bewegen (§ 33a Abs. 3, § 33b des Einkommensteuergesetzes), bei der Gewerbesteuer aber unzulässig sind. 251 Steuer-Reg. B. [1923] Finanzministerium, III. Abt., 9. Juni 1923.

Der Bezirksrat in Rochlitz wird vom 13. Juni bis mit 3. Juli durch den Bezirksrat in Borna vertreten. II E. Bes. 23 1923 Leipzig, 7. Juni 1923. Die Kreisoberamtsverwaltung.

Im hiesigen Handelsregister ist heute eingetragen worden:

- A) auf dem die Firma Bogtdänische Industrie Aktien-Gesellschaft in Auerbach (Bogtd.) betr. Blatt: 638: Der Eintrag unter Nr. 15 wird dahin berichtigt, daß die eingetragenen Profutisten Seidel und Schramm zur Vertretung der Gesellschaft nur gemeinschaftlich mit einem Vorstandsmitglied berechtigt sind;
B) auf Blatt 500 die Firma Moritz Paul & Söhne in Auerbach (Waldb.). Gesellschaften sind der Vorherrscher Wilhelm Moritz Paul, der Kaufmann Carl Moritz Paul, der Kaufmann Mag. Johannes Paul, sämtlich in Auerbach (Bogtd.). Die Gesellschaft hat am 1. März 1923 begonnen. (Angegebener Geschäftszweig: Internationale Export-Import-Rohwaren-Unternehmung und Kommission sowie Ausführung aller einschlägigen Geschäfte);
C) auf Blatt 501 die Firma Mag. Schmidt in Auerbach i. B.-G. und als deren Inhaber der Kaufmann Carl Mag. Schmidt in Auerbach-G. (Angegebener Geschäftszweig: Damen- und Herrenwaaren-Geschäfte);
D) auf dem die Firma Paul Hoffmann & Co. in Bodebach betr. Blatt: 885: Der eingetragene Kaufmann Willy Baumann ist ausgeschlossen;
E) auf dem die Firma Woblf. Wendel in Bodebach betr. Blatt: 477: Die Firma ist erloschen. [1924 Amtsgericht Auerbach, den 8. Juni 1923.]

Auf Blatt 544 des Handelsregisters, betr. die Firma Chemnitzer Pelz- & Felle-Gesellschaft in Chemnitz, ist heute eingetragen worden: Die Generalversammlung vom 27. April 1923 hat die Erhöhung des Grundkapitals um zweihundertfünfzig Millionen fünf-hunderttausend Mark, zerfallend in 19000 Stammaktien zu 1000 M., 2200 Stammaktien zu 5000 M. und 500 Vorzugsaktien zu 5000 M., sämtlich auf den Inhaber lautend, mithin auf zwei-hundertfünfzig Millionen fünf-hunderttausend Mark, beschlossen. Die beschlossene Erhöhung des Grundkapitals ist erfolgt. Außerdem sind die bisherigen 1000 Stück Vorzugsaktien zu 1000 M. unter Aufhebung ihrer Vorratsrechte in Stammaktien umgewandelt worden, doch an Stelle von je 5 Vorzugsaktien eine Inhabersammleraktie zu 5000 M. tritt. Entsprechend sind die §§ 2 und 7 (Abs. 1 bis 3) und weiter 1 und 11 (letzter Absatz) des Gesellschaftsvertrags abgeändert worden. Es lautet jetzt: § 1: Die unter der Firma Chemnitzer Pelz- & Felle-Gesellschaft bestehende Aktien-Gesellschaft verfolgt den Zweck, Garne und Zwirne herzustellen und zu verkaufen. Sie ist berechtigt, gleichartige oder verwandte Unternehmen, insbesondere solche, die sich mit der Weiterverarbeitung der Ursprungsfelle, zu erwerben oder sich daran zu beteiligen und Zweigniederlassungen zu errichten. § 2 Abs. 1: Das Aktienkapital beträgt 52 500 000 M. und zerfällt in 35000 Stück Stammaktien über je 1000 M. und 2400 Stück Stammaktien über je 5000 M., sowie in 500 Stück Vorzugsaktien über je 5000 M.; sämtliche Aktien lauten auf den Inhaber. § 7 (Abs. 1): In der Generalversammlung genügt die 1000 M. Nennbetrag einer Aktie eine Stimme, bei Beschlussfassung über Aufsichtsratswahl, Statutenänderung oder Auflösung der Gesellschaft jedoch je 1000 M. Nennbetrag einer Vorzugsaktie zehn Stimmen. — Von den neuen Aktien werden auszugeben: 2200 Stammaktien zu 5000 Mark zum Kurse von 175 %, 19000 Stammaktien zu 1000 Mark zum Kurse von 150 % (daran falls, ind. Bezugsrecht der alten Aktien zum Kurse von 100 %) und die Vorzugsaktien zum Kurse von 100 %. Für die neuen Aktien gelten die bisherigen Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags über die Stammaktien und Vorzugsaktien. 1925 Amtsgericht Chemnitz, Abt. E, 6. Juni 1923.

Auf Blatt 8353 des Handelsregisters, betr. die Firma „Wegle“ Elektr.- & Motoren-Gesellschaft in Chemnitz, ist heute eingetragen worden: Die Generalversammlung vom 8. Mai 1923 hat die Erhöhung des Grundkapitals um zehn Millionen fünf-hunderttausend Mark, zerfallend in 10000 auf den Inhaber lautende Aktien zu 1000 M., mithin auf fünfzehn Millionen Mark, beschlossen. Von den Aktien sind 1500 als Vorzugsaktien ausgestattet. Die beschlossene Erhöhung des Grundkapitals ist erfolgt. Dementsprechend ist § 3 des Gesellschaftsvertrags abgeändert worden. — Die Ausgabe der Aktien erfolgt zum Kurse von 100 % (ind. Bezugsrecht für die alten Aktien an 375 Stück Aktien zu 250 %). — Für die neuen Aktien gelten die bisherigen Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags über die beiden Aktienarten. Amtsgericht Chemnitz, Abt. E, 7. Juni 1923.

Auf Blatt 1133 des Handelsregisters ist heute die Firma Paul Pippig, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, mit dem Sitze in Grimmitzsch, und weiter folgendes eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 4. Juni 1923 abgeschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist die Übernahme und Fortführung der bisher unter der offenen Handels-Gesellschaft Paul Pippig in Grimmitzsch betriebenen Metallwarenfabrik sowie aller damit zusammenhängenden Geschäfte. Die Gesellschaft kann auch die Produktion und den Vertrieb anderer Waren in den Reich ihrer Tätigkeit aufnehmen, sowie sich an dem Gewerbe und dem Betrieb gleiche oder andere Zwecke verfolgender Gesellschaften und Unternehmungen im In- und Auslande direkt oder indirekt in jeder Form beteiligen. Das Stammkapital beträgt drei Millionen Mark. Zu Geschäftsführern sind bestellt der Kaufmann Gustav Paul Pippig, Pauline Emilie verw. Pippig geb. Haase und der Kaufmann Mag. Hugo Friedrich, sämtlich in Grimmitzsch. Die Vertretung der Gesellschaft steht jedem der Geschäftsführer selbständig zu. Aus dem Gesellschaftsvertrag wird noch bekanntgegeben: In die Gesellschaft haben die Gesellschafter Emilie verw. Pippig und Kaufmann Gustav Paul Pippig, beide in Grimmitzsch, als die bisherigen Inhaber der Firma Paul Pippig daselbst alle Aktiven und Passiven dieser Firma laut Bilanz vom 30. Nov. 1922 eingebracht. Von dem Überschuss der Aktiva und zwar in Höhe von 4 259 829 M. 77 Pf. für Emilie verw. Pippig wird derselben der Betrag von 1 000 000 M. als voll befristeter Stammtitel gewährt. Außerdem tritt dieselbe an ihren Sohn, den stud. Ing. Carl-Hans-Gebhard Pippig in Grimmitzsch, 300 000 M. ab, welcher Betrag ebenfalls diesem Gesellschaftler als voll befristeter Stammtitel auf Stammkapital-Konto gutgeschrieben ist. Von dem für Gustav Paul Pippig verbleibenden Überschuss in Höhe von 4 187 586 M. 82 Pf. haben gleichfalls 1 700 000 M. als voll befristeter Stammtitel zu gelten. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den Deutschen Reichsanzeiger. Amtsgericht Grimmitzsch, 8. Juni 1923. [1925]

Auf Blatt 2140 des Handelsregisters, betr. die Aktiengesellschaft Deutsche Aktiengesellschaft in Dresden, ist heute folgendes eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag vom 28. Dezember 1899 ist in dem § 24 durch Beschluss der Generalversammlung vom 27. April 1923 laut Notariatsprotokoll vom gleichen Tage abgeändert worden. Die Generalversammlung vom 28. April 1923 hat beschlossen, das Grundkapital unter den im Beschluss angegebenen Bestimmungen zu erhöhen um ein Millionen Mark, zerfallend in neun-tausendst-hundert auf den Inhaber lautende Stammaktien zu je ein-tausend Mark und ein-tausendst-hundert auf den Inhaber lautende Vorzugsaktien zu je ein-tausend Mark. Die Erhöhung des Grundkapitals ist erfolgt. Das Grundkapital beträgt nunmehr fünfzehn Millionen Mark und zerfällt in zwei-tausendst-hundertst-hundert auf den Inhaber lautende Stammaktien zu je ein-tausend Mark oder drei-hundert Mark, an ein-tausendst-hundertst-hundert auf den Inhaber lautende Stammaktien zu je ein-tausend Mark und ein-tausendst-hundert auf den Inhaber lautende Vorzugsaktien zu je ein-tausend Mark. Der Gesellschaftsvertrag vom 28. Dezember 1899 ist demgemäß in § 3 und weiter in dem §§ 9, 26 und 30 und durch Ergänzung eines neuen § 3a durch Beschluss derselben Generalversammlung laut Notariatsprotokoll vom gleichen Tage abgeändert worden. Es wird noch weiter folgendes bekanntgegeben: Die Vorzugsaktien (§ 3a Abs. 1, II) erhalten aus dem verbleibenden Jahresgewinn mit dem Vorzugsrecht vor allen übrigen Aktien zunächst einen Jahresgewinnanteil bis zu 7 % ihres Nennbetrags; reicht der verbleibende Jahresgewinnanteil zur Bezahlung dieses Vorzugs-gewinnanteils nicht aus, so findet eine Nachzahlung der Gewinnanteile nächster Jahre aus dem verbleibenden bilanziellen Gewinn der folgenden oder der folgenden Jahre nach der Bezahlung der Vorzugsaktien statt für das zuletzt ablaufende Jahr in der Weise, daß das Nachzahlungsrecht für den alten Gewinnanteil dem Inhaber der Stammaktien wird ein Gewinnanteil erst dann gewährt, wenn die Vorzugsaktienanteile des laufenden und der rückständigen der Vorjahr vollständig bezahlt sind. Darüber hinaus erhalten die Vorzugsaktien für jedes angefangene auf die Stammaktien über 10 % Dividende hinaus zur Verteilung gelangende Prozent Dividende je ein weiteres 1/2 %. Im Falle der Liquidation der Gesellschaft erhalten die Vorzugsaktien Befriedigung vor den übrigen Aktien (Stammaktien) bis zu 120 % ihres Nennbetrags zugunlich ihrer Gewinnanteile-beträge, dagegen nehmen sie an einem weiteren Liquidationsüberschuss nicht teil. Die Ausgabe weiterer Vorzugsaktien mit gleichen oder besseren Rechten ist nur mit Zustimmung der Vorzugs-aktionäre zulässig. Der zukünftige Beschluss bedarf einer dreiviertel Mehrheit des bei der Beschlussfassung vertretenen Vorzugsaktionärskapitals. Die Vorzugsaktien können jederzeit in Stammaktien umgewandelt werden, wenn beide Aktienarten in abgetrennten Abstimmungen mit dreiviertel Stimmenmehrheit beschlossen und wenn daneben in einer gemeinsamen Abstimmung beider Aktienarten der gleiche Beschluss mit dreiviertel Stimmenmehrheit gefasst wird. Wird die Umwandlung beschlossen, so erhalten die dadurch entstehenden neuen Stammaktien diejenigen Stimmrechte wie die bisherigen. Alle auf den nicht-stimmigen Vorzugsaktien ruhenden besonderen Steuern trägt die Gesellschaft. Jede Vorzugsaktie gewährt achtzig Stimmen. Die neuen Stamm- und Vorzugsaktien werden zum Kurse von 100 % auszugeben. 1927 Amtsgericht Dresden, Abt. III, 8. Juni 1923.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

- 1. auf Blatt 16747, betr. die Gesellschaft Erich Jambach & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Dresden. Die dem Kaufmann Leopold Philipp Jambach erteilte Profuta ist erloschen. Der Gesellschaftsvertrag vom 15. Oktober 1921 ist in den §§ 7, 11, 12, 18 und 22 sowie infolge Streichung
der §§ 8 und 19 durch Gesellschaftsbeschluss vom 24. Mai 1923 laut Notariatsprotokoll vom gleichen Tage abgeändert worden. Die Dauer der Gesellschaft ist zunächst auf die Zeit bis zum 31. Dezember 1931 vereinbart. Wird nicht spätestens bis zum 31. Dezember 1930 die Gesellschaft von einem der Gesellschaftler für den 31. Dezember 1931 gelöst, so ist sie auf weitere zehn Jahre fortzusetzen. Die Geschäftsführer Felix Philipp Jambach und Erich Jambach dürfen die Gesellschaft jeder für sich allein vertreten;
2. auf Blatt 3626, betr. die Firma Hermann Jambach in Dresden: In das Handelsregister ist als persönlich haftender Gesellschafter eingetragen der Kaufmann Friedrich Hermann Jambach in Dresden. Die dadurch begründete offene Handelsgesellschaft hat am 1. Juni 1923 begonnen. Die im erteilte Profuta ist erloschen;
3. auf Blatt 18172 die Firma Alwin Brandler in Dresden. Der Rohprodukt-Handler Alwin Mag. Brandler in Dresden ist Inhaber. Profuta ist erteilt der Rohprodukt-Handel-Gesellschaft Anna Frieda Brandler geb. Kunze in Dresden. (Geschäftszweig: Groß- und Kleinhandel mit Rohprodukten. Geschäftszweig: Fischhofweg 4);
4. auf Blatt 14145, betr. die Firma Weinhaus „Garten“ Joh. Mag. Wille in Dresden: Die Firma lautet künftig: Mag. Wille;
5. auf Blatt 105, betr. die Firma Otto Werbig vormals W. H. Grafmann in Dresden: Die Firma ist erloschen;
6. auf Blatt 10152, betr. die Firma Dresdener Porzellan- & Porzellanwaren-Fabrikation in Dresden: Die Firma ist erloschen;
7. auf Blatt 10205, betr. die Firma Dresdener Porzellan-Fabrikation „Gloria“ Clara Daniel in Dresden: Die Firma ist erloschen. 1928
Amtsgericht Dresden, Abt. III, 8. Juni 1923.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:
Auf Blatt 12218 des Handelsregisters, betr. die Union-Bank, Aktiengesellschaft in Dresden, ist heute folgendes eingetragen worden: Die Generalversammlung vom 26. Mai 1923 hat beschlossen, das Grundkapital unter den im Beschluss angegebenen Bestimmungen um acht-hundertst-hundert Millionen fünf-hundertst-hundert Mark, durch Ausgabe von drei-hundertst-hundert auf den Inhaber lautenden Aktien zu je ein-tausend Mark und dreitausend auf den Inhaber lautenden Aktien zu je fünf-tausend Mark zu erhöhen. Die Erhöhung des Grundkapitals ist erfolgt. Das Grundkapital beträgt nunmehr dreihundertst-hundert Millionen Mark und zerfällt in fünf-hundertst-hundert auf den Inhaber lautende Aktien zu je ein-tausend Mark und dreitausend auf den Inhaber lautende Aktien zu je fünf-tausend Mark. Der Gesellschaftsvertrag vom 14. Februar 1910 ist demgemäß in § 3 durch Beschluss derselben Generalversammlung laut Notariatsprotokoll vom gleichen Tage abgeändert worden. Es wird noch weiter bekanntgegeben: Die neuen Aktien werden zum Kurse von 100 % ausgeben. 1950
Amtsgericht Dresden, Abt. III, 9. Juni 1923.

In das Handelsregister ist heute auf Blatt 18175 die Gesellschaft Mag. Stahl Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit dem Sitze in Dresden, und weiter folgendes eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 28. Mai 1923 abgeschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung von Jutewaren und Säcken, der Großhandel mit neuen und gebrauchten Jute-waren und Säcken und die Fertigung anderer Handelsgüter. Das Stammkapital beträgt fünf Millionen Mark. Jeder Gesellschaftler ist berechtigt, die Gesellschaft allein zu vertreten. Zum Geschäftsführer ist bestellt der Kaufmann Mag. Stahl in Dresden. Aus dem Gesellschaftsvertrag wird noch weiter folgendes bekanntgegeben: Der Kaufmann Mag. Stahl bringt in die Gesellschaft eine Kortscheinung ein, bestehend aus zwei Schreibmaschinen, zwei Schreib-tischen, zehn Stühlen, einem Bürostuhl, einem Posten Kontorrollen und Schreibmaterial. Der Wert dieser Einlage wird auf 3 000 000 M. festgestellt. Die Gesellschaft übernimmt für diesen Betrag die Sachgenüge Statistik, der der Gesellschaft heraus das Eigentum hiermit überträgt. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch den Deutschen Reichsanzeiger. Geschäftszweig: Rehefelder Straße 19. 1961
Amtsgericht Dresden, Abt. III, 9. Juni 1923.

Im Handelsregister ist heute auf dem die Firma Gebr. Zelle in Hainichen betr. Blatt 217 für den Landbesitz eingetragen worden: In das Handelsregister ist der Kaufmann Bernhard Gustav Heinrich Zelle in Langenb. b. Schneeretz als persönlich haftender Gesellschafter eingetragen. Die Gesellschaft ist am 28. August 1922 errichtet worden. Amtsgericht Hainichen, 7. Juni 1923. [1935]

Im Handelsregister für den Stadtbezirk ist heute eingetragen worden:

- 1. auf Blatt 344 — Firma Hermannsdorf & Hofmann in Eibenrod —: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Zu Liquidatoren sind bestellt a) der Kaufmann Hermann Erich Hermannsdorf in Eibenrod, b) der Ingenieur Ernst Reinhold Hofmann in Eibenrod;
2. auf Blatt 397 die Firma Erich Hermannsdorf, Maschinen- & Eiseln-Fabrik in Eibenrod und als deren Inhaber der Kaufmann Hermann Erich Hermannsdorf in Eibenrod;
3. auf Blatt 398 die Firma Ernst Hofmann, Maschinen-Fabrik in Eibenrod und als deren Inhaber der Ingenieur Ernst Reinhold Hofmann in Eibenrod. 1929
Amtsgericht Eibenrod, am 7. Juni 1923. [1929]

Der Direktor Eduard Curt Rauch, in Borsdorf ist nicht mehr Mitglied des Vorstandes;
c) auf Blatt 554 (Garantie- und Kreditbank für den Oden Aktiengesellschaft Zweigniederlassung Rammhof) (vorm. Vereinsbank Rammhof) in Rammhof: Profuta ist erteilt dem Profutisten Maximilian Gih in Berlin. Er ist ermächtigt, in Gemeinschaft mit einem der Vorstandsmitglieder Hinsburg oder Devin die Gesellschaft zu vertreten;
d) auf Blatt 569 die Firma Papp- und Holz-Verarbeitungsfabrik W. Schloffer & Co. Aktiengesellschaft in Jena bei Leipzig. Der Gegenstand des Unternehmens ist die fabrikmäßige Herstellung von Sägen, Möbeln und Kartonnagen, insbesondere von Pappkästen nach einem neuen von Herrn Walter Schloffer und Paul Franz erfundenen System, sowie der Handel mit diesen Gegenständen. Der Gesellschaftsvertrag ist am 10. März 1923 festgestellt worden. Das Grundkapital beträgt acht-hundertst-hundert Mark. Der Präsident Walter Schloffer in Jena bei Leipzig ist allein Mitglied des Vorstandes. Wenn der Vorstand aus mehreren Personen besteht, darf jedes Mitglied die Gesellschaft allein vertreten. Die Aktien sind Inhabersaktien und lauten je über 1000 M. Der Aufsichtsrat besteht den Vorstand und bestimmt die Zahl der Vorstandsmitglieder. Die Berufung der Generalversammlung erfolgt durch einmalige Bekanntmachung im Deutschen Reichsanzeiger unter Mitteilung der Tagesordnung mit einer Frist von mindestens 17 Tagen, bei dreimaliger Bekanntmachung der Generalversammlung durch die Bekanntmachung entfallenden Nummer des Reichsanzeigers und der Tag der Versammlung nicht mit zu rechnen ist. Die Berufung der Generalversammlung der Aktionäre erfolgt durch einmalige Bekanntmachung im Deutschen Reichsanzeiger; dort erfolgen auch die Bekanntmachungen der Gesellschaft. Die Aktien werden zum Nennbetrage auszugeben. Die Gründer sind: der Kaufmann Georg Schloffer in Jena bei Leipzig, der Kaufmann Ernst Fischer in Leipzig, Dresden, der Kaufmann Hermann Rauch in Borsdorf, der Lehrer Alfred Lipp in Leipzig, Rathschaffner 9. Die Gründer haben sämtliche Aktien übernommen. Die Mitglieder des ersten Aufsichtsrates sind: der Stadtrat Paul Rehm in Borsdorf, der Kaufmann Friedrich Wilhelm Walters in Leipzig, die mit der Anmeldung der Gesellschaft eingereichten Schriftstücke, insbesondere der Prüfungsbericht des Aufsichtsrates und des Vorstandes können bei Gericht eingesehen werden. 1930
Amtsgericht Chemnitz, am 8. Juni 1923.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:
a) auf Blatt 113, die Firma Carl Gebrich in Dainichen betr.: In das Handelsregister ist als Gesellschaft eingetragen der Kaufmann Carl Rattin in Dainichen. Die Gesellschaft ist am 18. Juli 1921 errichtet worden; — b) auf Blatt 460 die Firma Geidel & Senge in Cunnersdorf und als deren Gesellschafter der Schneider Paul Senge und der Schneidermeister Friedrich Geidel in Cunnersdorf und der Schneidermeister und Pferdehändler Arthur Alfred Senge in Borsdorf. Die Gesellschaft ist am 1. Juni 1921 errichtet worden. 1937
Amtsgericht Dainichen, am 8. Juni 1923.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

- 1. auf Blatt 22207 die Firma Egon Wünder & Co. in Leipzig (Emilienstr. 19). Gesellschafter sind der Ingenieur Johannes Paul Egon Wünder und der Kaufmann Gerhard Kurt Wünder, beide in Leipzig. Die Gesellschaft ist am 1. September 1922 errichtet. (Angegebener Geschäftszweig: Großhandel mit elektrotechnischen Spezialapparaten);
2. auf Blatt 22208 die Firma Heut & Heller in Leipzig (Rathschaffner Steinweg 13). Gesellschafter sind die Kaufleute Friedrich Wilhelm Heut und Walter Alexander Heller, beide in Leipzig. Die Gesellschaft ist am 1. April 1923 errichtet. (Angegebener Geschäftszweig: Kaufmännische Vertretungen);
3. auf Blatt 22209 die Firma Erich W. Ruck in Leipzig (Eibonienstr. 63). Der Richter Erich Erich Ruck in Leipzig ist Inhaber. (Angegebener Geschäftszweig: Büro für Bäder- und Sangevisions- und Wirtschaftsberatern);
4. auf Blatt 22210 die Firma Paul Kammann in Leipzig (Kochstr. 25). Esin Martha ledige Kammann in Leipzig ist Inhaber. Profuta ist dem Kaufmann Arthur Robert Kammann in Leipzig erteilt. (Angegebener Geschäftszweig: Großhandel mit Situmpf- und Wirtschaften, Trilofagen und Waagen);
5. auf Blatt 22211 die Firma Otto Hübsch in Leipzig (Waldstr. 66). Der Kaufmann Otto Carl Hübsch in Leipzig ist Inhaber. (Angegebener Geschäftszweig: Holz-Agentur- und Kommissions-geschäfte);
6. auf Blatt 22212 die Firma Kurt Lay in Leipzig (Zweinaundorfer Str. 66). Der Kaufmann Kurt Lay in Leipzig ist Inhaber. (Angegebener Geschäftszweig: Großhandel mit Schmutzwagen);
7. auf Blatt 22213 die Firma Paul Linow in Leipzig (Sträßl. 47). Der Kaufmann Julius Paul Linow in Leipzig ist Inhaber. (Angegebener Geschäftszweig: Handel mit und Kommission in Rauchwaren);
8. auf Blatt 22214 die Firma Hager & Schinke in Leipzig (Petersstr. 20). Gesellschafter sind Marie Hager ledige Hager und Anna Kartha ledige Schinke, beide in Leipzig. Die Gesellschaft ist am 1. Mai 1923 errichtet. (Angegebener Geschäftszweig: Handel und Herstellung von Wäden und Hüfen.) 1931
Amtsgericht Leipzig, Abt. II B, 7. Juni 1923.

Auf Blatt 22215 des Handelsregisters ist heute die Firma Einkaufsbank für Volkshändler Aktiengesellschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig (Rennmarkt 29), vorher in Berlin, und folgendes eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 30. Juni 1920 abgeschlossen und am 23. Februar, 23. März und 28. November 1922 abgeändert worden. Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von geschäftlichen, insbesondere buch-händlerischen Unternehmungen zur Förderung aller Volkshändlerbestrebungen. Die vertragliche Tätigkeit soll sich beschränken auf die Verkaufsseite von

Landwirtschaftlichen Ländern gänzlich unbekannt ist. Nach einer Schilderung der Krankheitserscheinungen...

Deutsche Schiffahrt.

Im Saale der Kaufmannschaft sprach Dr.-Ing. E. Höpfer, der technische Direktor der Sapag...

Milchverbilligung. Für die Zeit vom 10. Juni bis 14. Juli sind die Milchverbilligungssätze...

Zus. Philharmonische Orchester spielt Mittwoch, abends 1/8 Uhr im Jahreskonzert...

Bei Sartofan erneuert die Damen-Bohème nach wie vor außergewöhnliches Interesse...

Aus Sachsen.

Verbundkosten für Kriegsschadigte beim Steuerabzug vom Arbeitslohn. Mit Wirkung vom 1. Juni 1923 ab sind die...

Volkswirtschaft und Handel.

Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt vom 11. Juni ab...

an Stelle der bisherigen festen Verkaufspreise... Der Kreis, der jetzt 140 Zweigvereine mit...

Wohlfahrtsverein Säch. Reichshaus. Der Kreis, der jetzt 140 Zweigvereine mit über 50 000 Mitgliedern zählt...

Aus der Jugendbewegung.

Die Jugendbewegung im Zentralverband der Angehörigen ist noch jung; trotzdem hat sie sich in der kurzen Zeit ihres Bestehens...

Das diesjährige Fingerringfest vereinigte in fast allen Teilen Deutschlands die J. d. K.-Jugend...

Die Lössen-Zittauer Linie.

Deren Bau am 3. Mai 1845 begonnen hatte, steht seit dem 10. Juni 1848, also 75 Jahre, im Betrieb...

1887 ab in das Eigentum des Staates übernommen. Offene Stellen für Lehrer.

Die Wahnegehaltklasse (Landklasse) Säch. Kreis, Land- und Jünglingsvereine (Dresden, Sternplatz 7) wird ihre 9. ordentliche Jahres-

Zuidan. Durch die von den hiesigen Linksparleien beantragte Einverleibung von 17 Nachbargemeinden...

Schönitz. Der in Rosdameritz wohnende Hugo Hättig, ein Chemiker, hat 5 Mill. M. nach Chemnitz geschickt...

Wien. Die Kosten des 1923er Wohnungsbauprogramms sind Anfang dieses Jahres nach 3000- und 5000sacher Abarbeitung...

Werdau. In der letzten Stadtverordnetenversammlung sollte die Wahl eines beidseitigen Stadtrates...

Wien. Der Bezirksausschuß der Amtshauptmannschaft Wien sprach sich grundsätzlich über Eingemeindungsfragen aus...

Limbach. Vom Stadtverordnetenkollegium wurden Reaktor Schubert in Chemnitz...

Glauchau. Die hiesigen Erwerbslosen haben beim Stadtrat die Eröffnung einer einmaligen...

Hermann Schulz, Kommanditgesellschaft Bankhaus Dresden-A. Schreiberstraße 12

Später für die von ihnen verteilten Kreise dem Stadtrat als Vorhandlungsmittel...

Mittweida. In den Tagen vom 12. bis 19. August findet hier die Tagung des Sächsischen Bauwirtschaftsverbandes...

Chemnitz. Über die öffentliche Kirchenverwaltung des Rittersgutes Meßwitz...

Wien. In verschiedenen offenen Ladengeschäften der Stadt ist folgende Bekanntmachung...

Wien. Der Bezirksausschuß der Amtshauptmannschaft Wien sprach sich grundsätzlich über Eingemeindungsfragen aus...

Wien. Die Stadtverordneten haben einem Beschlusse zugestimmt, nach dem 90 Mill. Mark zur sofortigen Inanspruchnahme...

Landeswetterkarte. (11. Juni) Treibend: Höhe 110 m. Wkt. 16,8. Wkt. 23,1. Niederschlag: 0,7. Temperatur: 15,5.

(15 500—45 000); Farnen und Baumwolle, mittelhart 45 000—90 000 (80 000—75 000),...

träge als Mietverträge anzupreisen sind und unter die Mieterschuldverbuchung fallen...

Neue Schokoladen- und Kakaopresse. Die Interessengemeinschaft deutscher Kakaoproduzenten...

Wesensart. Der Bezirksauschuss der Amts-

Tageschronik.

Der Röhren-Prozess.

Berlin, 11. Juni. Der in weiten Kreisen seit langer Zeit er-

Ein wertvoller Luther-Katechismus

Aus der berühmten Bibliothek der hiesigen

Entdeckung eines zaristischen Goldschätes.

Schiffkatastrophe.

Nach einer Meuter-Meldung ist der britische

Millionenraub.

Sport.

Wahrsagen in Dresden.

3. Juni 2100 m. 4. Scherfeld 4050 m. 5. Schöcher 4000 m.

Wahlkreise über 5000 Wähler.

Wahlkreise über 2000 Wähler.

Wahlkreise über 1000 Wähler.

Wahlkreise über 500 Wähler.

Wahlkreise über 200 Wähler.

Wahlkreise über 100 Wähler.

Wahlkreise über 50 Wähler.

Wahlkreise über 20 Wähler.

Wahlkreise über 10 Wähler.

Wahlkreise über 5 Wähler.

Wahlkreise über 2 Wähler.

Wahlkreise über 1 Wähler.

Wahlkreise über 0 Wähler.

Wahlkreise über 0 Wähler.

Wahlkreise über 0 Wähler.

Wahlkreise über 0 Wähler.

Wahlkreise über 0 Wähler.

Wahlkreise über 0 Wähler.

Wahlkreise über 0 Wähler.

Wahlkreise über 0 Wähler.

Wahlkreise über 0 Wähler.

Wahlkreise über 0 Wähler.

Wahlkreise über 0 Wähler.

Wahlkreise über 0 Wähler.

Wahlkreise über 0 Wähler.

Wahlkreise über 0 Wähler.

Wahlkreise über 0 Wähler.

Wahlkreise über 0 Wähler.

Wahlkreise über 0 Wähler.

Wahlkreise über 0 Wähler.

Wahlkreise über 0 Wähler.

Wahlkreise über 0 Wähler.

Wahlkreise über 0 Wähler.

Wahlkreise über 0 Wähler.

Wahlkreise über 0 Wähler.

Wahlkreise über 0 Wähler.

Sächsische Landbibliothek.

Verzeichnis der vom 11. bis 10. Juni im Reich

I. Allgemeine und sächsische Geschichte und Geographie.

II. Deutsche Geschichte und Geographie.

III. Theologie, Philosophie.

IV. Medizin und Zahnheilkunde.

V. Mathematik, Physik, Naturwissenschaften.

VI. Literatur, Kunst, Musik, Theater.

VII. Rechtswissenschaften.

VIII. Pädagogik, Erziehungswissenschaften.

IX. Sonstige.

X. Sonstige.

XI. Sonstige.

XII. Sonstige.

XIII. Sonstige.

XIV. Sonstige.

XV. Sonstige.

XVI. Sonstige.

XVII. Sonstige.

XVIII. Sonstige.

XIX. Sonstige.

XX. Sonstige.

XXI. Sonstige.

XXII. Sonstige.

XXIII. Sonstige.

XXIV. Sonstige.

XXV. Sonstige.

XXVI. Sonstige.

XXVII. Sonstige.

XXVIII. Sonstige.

XXIX. Sonstige.

XXX. Sonstige.

XXXI. Sonstige.

XXXII. Sonstige.

XXXIII. Sonstige.

XXXIV. Sonstige.

XXXV. Sonstige.

180 m. — Bucher, Reiz u. Ausplücker H. mod. 145 d.

VI. Literatur.

VII. Recht.

VIII. Musik.

IX. Vermischtes.

X. Sonstige.

XI. Sonstige.

XII. Sonstige.

XIII. Sonstige.

XIV. Sonstige.

XV. Sonstige.

XVI. Sonstige.

XVII. Sonstige.

XVIII. Sonstige.

XIX. Sonstige.

XX. Sonstige.

XXI. Sonstige.

XXII. Sonstige.

XXIII. Sonstige.

XXIV. Sonstige.

XXV. Sonstige.

XXVI. Sonstige.

XXVII. Sonstige.

XXVIII. Sonstige.

XXIX. Sonstige.

XXX. Sonstige.

XXXI. Sonstige.

XXXII. Sonstige.

XXXIII. Sonstige.

XXXIV. Sonstige.

XXXV. Sonstige.

XXXVI. Sonstige.

XXXVII. Sonstige.

XXXVIII. Sonstige.

XXXIX. Sonstige.

XL. Sonstige.

XLI. Sonstige.

Galalackwagen

Beamtentwärtter

Beamtentwärtter

2 Assistenten

Einladung

Einladung

Einladung

Einladung

Einladung

SARRASANI

zwei großen neuen Schar-

Residenztheater

Residenztheater

Residenztheater

Residenztheater

Residenztheater

Residenztheater

Residenztheater